



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
21. Jahrgang | Nr. 3 / 2016

## Wie es vor zwanzig Jahren begann

Seit 1996 gibt es den *Seniorenkurier*,  
das Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats



Das war der Kopf der ersten Ausgabe des *Seniorenkuriers* vor 20 Jahren.

„In unserer alternden Gesellschaft, in der sich die Belastungen zwischen den Generationen verschoben haben, ist es notwendig, den Stellenwert der älteren Generation neu zu bestimmen.“ So begann der Text auf Seite 1 der ersten Ausgabe des *Seniorenkuriers* im Spätsommer 1996. Heute, nach 20 Jahren, erinnern wir uns: Seit zwei Jahrzehnten ist das Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V. ein zuverlässiger wie verlässlicher Begleiter in der aktiven ehrenamtlichen Mitwirkung der Älteren innerhalb unserer Gesellschaft. Rund 80 Hefte sind bisher erschienen: Das erste hatte zwölf Seiten, das Vorliegende bringt es auf viermal so viel – 44:

Vorausgegangen war die Gründung des ersten Seniorenbeirats in Mecklenburg-Vorpommern: am 28. Juni 1995 in Parchim. Er lud schon kurze Zeit später zu den ersten Senioren-

tagen ein. Die Gründung weiterer kommunaler Beiräte folgte. Am 18. Oktober 1995 konstituierte sich der Landesseniorenbeirat. Sieben Mitglieder bildeten den Vorstand: Heinz Rösel (Vorsitzender), Herbert Nolte, Rostock, Günter Schult, Neubrandenburg, Hans-Hermann Wacks, Sternberg (stellvertretende Vorsitzende), Käthe Poppei, Wismar (Kassenwart), Friedrich Straube, Greifswald (Öffentlichkeitsarbeit), und Dr. Günter Schmidt, Stralsund (Schriftführer). Sie alle wurden in Nr. 1 in Wort und Bild vorgestellt.

Herausgeber ist seit Beginn der Landesseniorenbeirat, seit 2001 eingetragener Verein. Das Impressum änderte sich: Hieß es damals: „Nachdruck, auch auszugsweise, nicht gestattet“, so lautet der Hinweis seit langem schon selbstverständlich: „Nachdruck mit

*Fortsetzung auf Seite 3*

**Liebe Vereinsmitglieder,  
verehrte Leser des  
„Seniorenkuriers“,**

unser Mitteilungsblatt hat Geburtstag. Zwanzig Jahre erscheint es nun schon. Ab der Ausgabe 02-2005 konnten wir dank der Unterstützung unserer Sponsoren vom Wohnpark Zippendorf Schwerin und in Folge von den Vitanas Senioren Centren in Schwerin, Neubrandenburg und Ueckermünde mit dem Farbdruck beginnen und kontinuierlich in der heutigen Qualität ausliefern. Seit der Ausgabe 02-2008 erscheint der *Kurier* mit dem gegenwärtigen Layout. Die Gestaltung des *Seniorenkuriers* verdanken wir in den zurückliegenden elf Jahren Marcel Krüger, vormals cw Obotritendruck Schwerin und jetzt Produktionsbüro Tinus. Nicht vergessen wollen wir die langjährige engagierte Arbeit unseres Redakteurs Dieter W. Angrick. Besonders hervorheben müssen wir aber auch die vielen Beiträge über die Arbeit und die Erfahrungen der Kreis seniorenbeiräte und kommunalen Beiräte sowie das Geschehen im Land und im Bund. Viele Akteure tragen dazu bei, dass unser *Seniorenkurier* immer aktuell und lebendig ist. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle verschicken dann jedes Quartal Zeitungen von rund 150 Kilogramm Gesamtgewicht. Dazu allen Mitstreitern nochmals herzlichen Dank!

*Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des  
Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

### Aus dem Inhalt

Seite	7	<b>Generationendialog auf Augenhöhe</b>
Seite	13	<b>Abschlussbericht der Enquete-Kommission</b>
Seite	26	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>

# Wir feiern Jubiläum!

Vitanas



Mit Stolz schauen wir auf die vergangenen 10 Jahre zurück, in denen mit viel Herz und Engagement etwas ganz Besonderes geschaffen wurde: ein Zuhause für ältere Menschen.

Das möchten wir zum Anlass nehmen und uns bedanken. Bei den Bewohnern und Angehörigen, Ehrenamtlichen Mitarbeitern, Geschäftspartnern und bei allen Freunden unseres Hauses. Jedoch am Allermeisten danken wir unseren tollen Mitarbeitern!

## Danke!



**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | [www.vitanas.de/imcasino](http://www.vitanas.de/imcasino)

Fortsetzung von Seite 1

Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erwünscht.“ Deutlich spürbar ist seitdem die wachsende Resonanz in der Öffentlichkeit auf die im *Seniorenkurier* veröffentlichten Beiträge. Die Erscheinungsweise, der Druck und die typografische Gestaltung änderten sich wiederholt, auch die Erscheinungsfolge geschah zunächst unregelmäßig, bis im Herbst 1998 Kontinuität einsetzte und bis heute anhält – eine Publikation im Vierteljahresrhythmus mit im Allgemeinen 40 Seiten Umfang. Thematisch beginnt seitdem der *Seniorenkurier* mit der „Aufmachung“, dem wichtigsten Beitrag der jeweiligen Ausgabe. Es folgen die Rubriken „Thema“, „Aktivitäten des Landesseniorenbeirats“, „Aus dem Sozialministerium“ (seit 2015), danach regionsübergreifende Beiträge („Mecklenburg-Vorpommern“) und – seit Nr. 1/2015 – „Ratgeber“. Berichte „Aus Landkreisen und Städten“ sowie „Aus Bund und Ländern“ runden den Inhalt eines jeden Heftes.

Was schon die erste Nummer bestimmte: „Wir wollen die vielfältigen Möglichkeiten von Betätigungen im Alter herausstellen sowie neue Wege zu einem Engagement im gesellschaftlichen Raum aufzeigen“, das gilt unverändert auch heute. Und besonders wichtig ist: „Um das Blatt informativ zu gestalten, brauchen wir Ihre Hilfe und Mitarbeit!“

ric

**Heinz Rösel blickt zurück:**

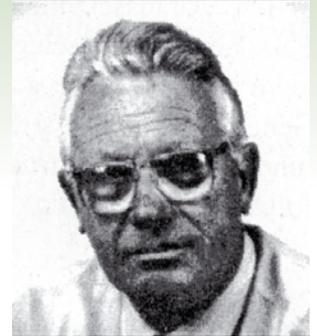
An die Anfänge unserer Vierteljahres-Zeitschrift erinnert sich Heinz Rösel, Gründungsmitglied des Landesseniorenbeirats und von 1995 bis 2003 dessen Vorsitzender: „Pate für den *Seniorenkurier* stand der da-



Heinz Rösel  
Vorsitzender,  
Schwerin



Herbert Nolte  
Stellv. Vorsitzender,  
Rostock

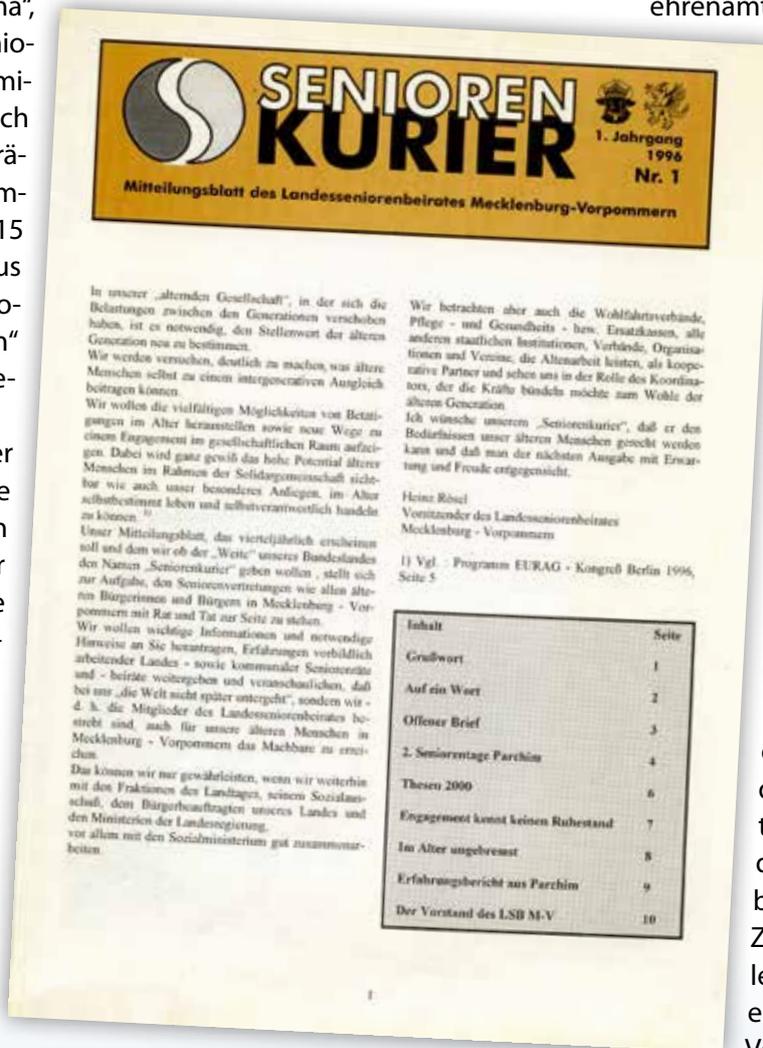


Hans-Hermann Wacks  
Stellv. Vorsitzender,  
Sternberg

mals viel gesehene Spielfilm ‚Kurier der Zarin‘ mit Curd Jürgens. Es sollte die ‚Weite‘ unseres Flächenlandes ein wenig verdeutlicht werden. Als Sprachrohr und Informationsblatt zugleich sollte der *Seniorenkurier* hel-

Art beschäftigen. Es sollten weiterhin Erfahrungen bei der Gründung und beim Aufbau von Seniorenbeiräten dargelegt werden, um wichtige Anregungen für die großen Städte, Landkreise und einzelnen Orte für diese ehrenamtliche Arbeit zu geben.

Die Herausgabe erschien in den ersten Jahren nur sporadisch, das heißt nicht kontinuierlich und termingerecht – wir kamen nicht richtig in die Gänge. Mit der Nr. 2/1998 konnten wir Dieter W. Angrick für die inhaltliche Gestaltung des *Seniorenkuriers* gewinnen. Er brachte und bringt bis heute sein journalistisches Können und seine reiche Erfahrung in die Arbeit ein, wofür wir ihm alle sehr dankbar sind. Während der ersten Jahre wurde der *Seniorenkurier* in der zentralen Druckerei des Innenministeriums gedruckt. Die grafische Gestaltung übernahm der Leiter der Druckerei, Manfred Kubowsky. Wir hatten unsere Zuarbeit termingerecht zu leisten. Das geschah dementsprechend durch unseren Vorstand des Landesseniorenbeirats. Unser *Seniorenkurier* in der heutigen Form gehört zu den besten Veröffentlichungen, die von den einzelnen Bundesländern herausgegeben werden.“



Inhalt	Seite
Grußwort	1
Auf ein Wort	2
Offener Brief	3
2. Seniorentage Parchim	4
Thesen 2000	6
Engagement kostet keinen Ruhestand	7
Im Alter ungebremst	8
Erfahrungsbericht aus Parchim	9
Der Vorstand des LSB M-V	10

fen, die Arbeit für die älteren Menschen und mit ihnen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Also eine Plattform für alle, die sich mit Altenarbeit in jeglicher Form und

# Wahrnehmung auf politischer Ebene

Am 12. Oktober beginnen in Parchim die 3. Landes-Senioren-Tage M-V

Die 3. Landes-Senioren-Tage Mecklenburg-Vorpommern rücken in greifbare Nähe. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim, speziell das Büro für Chancengleichheit, organisiert in Kooperation mit dem Landesseniorenbeirat, dem Kreissenorenbeirat, den Vereinen und Verbänden vielfältige Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten im Landkreis. Die gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren gewählten Themen spiegeln die Vielfalt der Interessen unserer heutigen älteren Generation wider.

Unser großes Anliegen ist es auch, mit den 3. Landes-Senioren-Tagen die vielen ehrenamtlich tätigen Seniorinnen und Senioren zu ehren. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig sagte anlässlich der Eröffnung der 1. Seniorentage unseres Bundeslandes 2009: „Ihre Erfahrung, Ihr Wissen, Ihre

Kenntnisse, Ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten verleihen Ihnen einen Vorsprung, den Jüngere mühsam aufholen müssen. Dieses Potenzial müssen wir nutzen, um das Gemeinwesen zu stärken.“ In der Zwischenzeit hat sich nicht nur die Wahrnehmung der Interessen der Seniorinnen und Senioren auf politischer Ebene verändert. Städte und Gemeinden haben die Zeichen der Zeit erkannt. Ältere und alte Menschen finden immer mehr Gehör, ebenso Bedeutung und Gewicht, wenn es um Entscheidungen für unsere Kommunen geht.

Die Eröffnungs- und Festveranstaltung der 3. Landes-Senioren-Tage findet am 12. Oktober in Parchim statt. Hier erwar-

ten Sie aktuelle Fachvorträge zu gesellschaftlichen Themen. Beim „Markt der Akteure“ werden verschiedene lokale Akteure einen Überblick zu altersrelevanten Bereichen sowie mit

ihren Angeboten Anwendungs- und Nutzungsbeispiele geben. Wir möchten auch auf unsere „Hobby-Theke“ hinweisen.

Der Vorstand des Kreissenorenbeirats hat es sich in diesem Jahr zur Aufgabe gemacht, außergewöhnliche Hobbys unserer Seniorinnen und Senioren im Landkreis zur erfragen. Leider können wegen der Vielzahl der Meldungen nicht alle Exponate ausgestellt werden, aber es erwartet Sie eine interessante Mischung, die auch zum Nachmachen anregen soll.



Ort / Datum	Uhrzeit	Veranstaltungen	Veranstalter / Adresse
<b>Boizenburg / Elbe</b> 13.10. u. 14.10.2016	15:00 Uhr	Kino: „Filmklassiker“, 50% Seniorenrabatt	Büro für Chancengleichheit / Kino-Boizenburg, Reichenstraße 19
14.10.2016	16:00 Uhr	Amüsantes zum Thema Älterwerden, Malwine - Comedy	Seniorenbeirat / Rudolf-Tarnow-Schule -Atrium-
<b>Dobbertin</b> 14.10.2016	ab 18:30 Uhr	„Gesund alt werden auf dem Lande“ Einweihung 2. Bauabschnitt Seniorenprojekt „Dorf im Dorf“	Kultur- und Heimatverein Dobbertin / Gemeindezentrum im Park
<b>Eldena</b> 13.10.2016	ab 14:00 Uhr	„Das Leben ist bunt!“ Lichtbildervortrag-Rückblick, kulturelle Umrahmung mit Renate und Erwin	Volksolidarität, Ortsgruppe Eldena / Gemeindehaus, Bahnhofstr. 7
<b>Hagenow</b> 13.10.2016	14:00 Uhr	Besichtigung „Alte Synagoge“ u. „Hanna Meinungen-Haus“	Senioren- u. Behindertenbeirat der Stadt Hagenow / Hagenstraße, 48
13.10.2016	14:00 Uhr	„Senioren erinnern sich“ Stadtführung mit Kuno Karls	Kuno Karls / Museum, Hagenow, Lange Str. 52
14.10.2016	14:00 Uhr	Workshops zum Thema „Generationenübergreifende Mobilität“, Begleitung durch das Landespolizei-Orchester	Stadt Hagenow / Rathaus, Lange Str. 28 - 32
<b>Lübz</b> 13.10.2016	10:00 - 21:00 Uhr	„Tag des Sehens“, mit vielen Akteuren vor Ort	Mehrgenerationenhaus / Lübz, Schulstraße 8
<b>Ludwigslust</b> 13.10.2016	ab 10:00 Uhr	Senioreninformationstag, Pflegestützpunkt Ludwigslust informiert über Pflegegrade ab 2017	Zebef e.V. / Ludwigslust, Alexandrinenplatz 1
14.10.2016	10:00 - 17:00 Uhr	Historische Stadtrundfahrten (Glaisin, Hornkaten), Einkehr ins Rathaus zum „Bürgermeister-Café“, „Herzögliche Plauderstunde“	Seniorenbeirat der Stadt / Rathaus, Schloßstraße 38
13.10. u. 14.10.2016	18:00 Uhr	Kinofilme „45 Years“, u. „Und wenn wir alle zusammenziehen?“ 50% Seniorenrabatt	Büro für Chancengleichheit & Luna Filmtheater Ludwigslust / Kanalstr. 13
<b>Mestlin</b> 13.10.2016	ab 14:00 Uhr	„Treff der Senioren“, Tipps zur Seniorensicherheit, mit Landespolizei-Orchester	Seniorenbeirat Mestlin / Begegnungsstätte, Marx - Engels -Platz 6
<b>Neustadt - Glewe</b> 13.10.2016	ab 09:00 Uhr	„Senioren im Einsatz für Senioren“, Bilddokumentation zur Stadtgeschichte, „Nachtwächterstadtrundgang“ / Burgführung	Stadt Neustadt - Glewe u. Seniorenbeirat / Burg Neustadt - Glewe, Alte Burg 1
<b>Parchim</b> 13.10.2016	18:00 Uhr	Kinofilme „Honig im Kopf“ oder „Sein letztes Rennen“, 50% Seniorenrabatt	Büro für Chancengleichheit & Movie - Star Parchim / Kino, Gneisenaustr. 2
<b>Pinnow</b> 13.10.2016	ab 14:00 Uhr	„Jung trifft Alt!“ Programm der Kita „Pettermännchen“	Seniorengruppe Pinnow / Gasthaus Petersberg, Zum Petersberg 16A
<b>Sternberg</b> 13.10.2016	ab 14:00 Uhr	„Nepper, Schlepper, Bauernfänger“, die Polizeiinspektion gibt Ratschläge zur Seniorensicherheit; DRK lädt zur Kaffeetafel ein	Seniorenbüro Sternberg / DRK, Am Berge 1A

Wir möchten Sie herzlich zu unserer Veranstaltung in der Stadthalle Parchim einladen und bitten um Anmeldung bis zum 30. September. Die Einladungsflyer erhalten Sie auch auf Anfrage beim Büro für Chancengleichheit des Landkreises Ludwigslust-Parchim oder über den Landes seniorenbeirat. Die angekündigten Veranstaltungen und Aktivitäten am 13. sowie 14. Oktober wurden von den Mitgliedern des Kreissenorenbeirats angeregt, denen ich an dieser Stelle, auch im Namen des Vorstands des Kreissenorenbeirats, recht herzlich für ihr Engagement danken möchte.

*Heidrun Dräger  
Leiterin des Büros für  
Chancengleichheit*

*Der Vorstand des Landesseniorenbeirats M-V e. V. hat bereits entschieden, am ersten Tag der Herbsttagung gemeinsam an der Eröffnungs- und Festveranstaltung in Parchim teilzunehmen.*



## Tag der älteren Menschen erstmals bundesweit

Er findet am 30. September und 1. Oktober in der Landeshauptstadt Magdeburg statt

Vor 26 Jahren, am 1. Oktober 1990, bestimmte die UNO den 1. Oktober zum Internationalen Tag der älteren Menschen. Sie wollte damit auf die Herausforderungen und Möglichkeiten aufmerksam machen, die alternde Gesellschaften mit sich bringen. Dieser Tag wird in diesem Jahr erstmals bundesweit begangen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV), die rund 22 Millionen ältere Menschen in Deutschland vertritt, hatte dies auf ihrer Mitgliederversammlung im Oktober vergangenen Jahres einstimmig beschlossen. Stattfinden wird der diesjährige Tag am 30. September und 1. Oktober in Magdeburg, der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt. Die Schirmherrschaft hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, übernommen. Die Vor-

bereitung erfolgt durch die BAG LSV in Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertretung Sachsen-Anhalt und dem Seniorenbeirat von Magdeburg. Der erste Tag wird zugleich von der Bundeskonferenz zur Gestaltung des demografischen Wandels besonders für ältere Menschen in Deutschland bestimmt, wobei internationale Vergleiche herangezogen werden. Über die Besonderheiten bei der Gestaltung des demografischen Wandels in den ostdeutschen Bundesländern wird die Parlamentarische Staatssekretärin und Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke in ihrer Funktion als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer sprechen. „Wirtschaftliche Potenziale der Älteren im Prozess des demografischen Wandels“ ist das Motto des Referats von Rainer Nitsche, dem Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regiona-

le Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg. Wilfried Köhler, Leiter der Stabsstelle für demografische Entwicklung und Prognosen im Sachsen-Anhaltinischen Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, plädiert in seinem Vortrag dafür, „ländliche Regionen im demografischen Wandel zu stärken“. Die Festveranstaltung tags darauf wird von der Vorsitzenden der BAG LSV, Helga Engelke, eröffnet. Den Grußworten folgt ein Vortrag über Chancen und Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft aus Sicht der Vereinten Nationen. Die Landesministerin für Arbeit, Soziales und Integration analysiert anschließend die „Seniorenpolitik als Chance für die Gesellschaft“. Zum Abschluss wird der „Magdeburger Aufruf zum Internationalen Tag der älteren Menschen 2016“ verabschiedet. ■

# Viele fühlen sich gut und sind ehrenamtlich aktiv

Statistisches Bundesamt veröffentlicht neue Zahlen und zieht Vergleiche mit der EU

Umfangreiche Daten zu älteren Menschen in Deutschland und in der EU hat das Statistische Bundesamt mit Unterstützung des Bundesseniorenministeriums zusammengestellt und ausgewertet. Aus ihnen geht hervor, dass sich die meisten der über 65-jährigen Menschen in Deutschland gut fühlen und selbstbestimmt im eigenen Haushalt leben. Sie sind vielfältig aktiv, besuchen Volkshochschulkurse, nutzen zunehmend das Internet und sind Spitzenreiter beim Lesen. Und keine andere Altersgruppe verwendet so viel Zeit – drei oder mehr Stunden pro Woche – für freiwilliges Engagement.

Bundesseniorenministerin Manuela Schwesig hob hervor: „Ich freue mich auch, dass Frauen und Männer zwischen 55 und 65 Jahren immer häufiger erwerbstätig sein können; das steigert Unabhängigkeit und Zufriedenheit. Die noch immer bestehenden Ungleich-

heiten zwischen Frauen und Männern und zwischen Ost und West haben wir im Blick. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen die faire Chance auf ein gutes, aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter haben.“

Die Berufstätigkeit im Alter nimmt zu. In Deutschland beträgt der Anteil erwerbstätiger Menschen zwischen 55 und 64 Jahren derzeit 66 Prozent. Mit 74 Prozent ist er nur in Schweden noch höher. Allerdings stieg in keinem anderen Land das Beschäftigtenniveau so deutlich wie in Deutschland. Das gilt auch für die über 65-Jährigen. Für 61 Prozent von ihnen ist das Einkommen ein Zuverdienst. In erster Linie leben sie von ihrer Rente beziehungsweise von ihrem Vermögen. Im EU-Vergleich verfügen deutsche Seniorinnen und Senioren über ein hohes Einkommen.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Ländern der EU

werden die Menschen immer älter, und viele sind mit ihrer Gesundheit zufrieden. 127 Millionen Menschen waren zu Jahresbeginn 2015 sechzig Jahre und älter – das entspricht einem Anteil von 25 Prozent. In Deutschland ist der demografische Wandel EU-weit jedoch am weitesten fortgeschritten. Jede vierte Person gehört zur Generation 60 plus, 2050 wird es bereits mehr als jede dritte Person sein.

Frauen haben in allen EU-Staaten eine höhere Lebenserwartung als Männer. Sie sind im Alter deutlich seltener verheiratet, jedoch häufiger ledig, geschieden oder verwitwet als gleichaltrige Männer. Rund die Hälfte der Menschen ab 65 Jahren (49 Prozent) in der EU lebt gemeinsam mit dem Partner beziehungsweise der Partnerin in einem Haushalt. Unter Männern dieser Altersgruppe ist der Anteil mit 60 Prozent deutlich höher als unter Frauen (40 Prozent). ■

Wortmeldung:

## Herausholen, was noch drin ist!

Ja, wir sind viele und wir werden immer mehr. Wir verfügen über Kaufkraft, Lebenserfahrung und gute Aussichten, steinalt zu werden. Deshalb nennt man uns auch „Best Ager“, „Silver Ager“, „Golden Ager“. Wir sind eine Gruppe von Personen, die das Lebensalter von 55 Jahren überschritten hat.

Die Menschen werden immer älter. Statt sich über die Aussicht zu freuen, ein langes Leben vor sich zu ha-

ben, grassiert die Angst vor Altersarmut und langem Siechtum. Wichtig ist: Nicht in Melancholie versinken, sondern realistisch herausholen, was noch drin ist. Viele Untersuchungen zeigen, dass Menschen eine Aufgabe brauchen (ein Ehrenamt im Alter), damit Herz, Hirn und Muskeln beschäftigt werden. Selbst im Berufsleben sind die gesunden 65-Jährigen immer noch gefragt.

Arbeit entlastet die Sozialsysteme, er-

höht die spätere Rente und verringert jene Faktoren, die Menschen vorzeitig siechen lassen. Das Gefühl von Nutzlosigkeit, Langeweile und Nichtmehr-gebraucht-werden sollte im Alter niemals aufkommen. Der Internationale Tag der älteren Menschen am 1. Oktober ist dazu angetan, über diese Probleme nachzudenken.

Siegfried Schwinn

Stellvertretender LSB-Vorsitzender

**Es schadet niemals, sich für alle Lebensabschnitte ein Stück Jugend zu bewahren, und es ist immer besser, im Alter jugendfrisch zu sein als greisenhaft in jungen Tagen.**

Wilhelm Heinrich Riehl (1823-1897), deutscher Novellist und Kulturkritiker

## Zwei Tage umfangreiches Wissen vermittelt

Diesjährige Weiterbildung fand nach Rostock auch in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg statt

Nach der ersten diesjährigen Weiterbildung am 25. und 26. Mai in Rostock-Lütten Klein lud der Landesseniorenbeirat, in Kooperation mit der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, wenige Tage später, am 31. Mai und 1. Juni, Vertreter der kommunalen Seniorenbeiräte der drei Landkreise Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen in das Hotel „Horizont“ im Ortsteil Weitin der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg ebenfalls zu einer Weiterbildung ein. LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich und



Teilnehmer der Weiterbildung im Neubrandenburger Ortsteil Weitin

seine Stellvertreterin Brigitte Seifert begrüßten die Teilnehmer – je vier aus den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und -Rügen sowie sieben aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Ein umfangreiches Programm war für die beiden Tage erstellt worden. Zur Thematik „Medienkompetenz Älterer stärken“ referierte Mandy Kröppelin vom Europäischen Integrationszentrum Rostock. LSB-Vorstandsmitglied Herbert Kautz hielt den Einführungsvortrag zu „Aufgaben und Arbeitsweise von kommunalen und Kreissenorenbeiräten“. Ein mehrstündiger Erfahrungsaustausch schloss sich an,

der Allen neue Erkenntnisse vermittelte. Über den Verlauf des 9. Altenparlaments, das am 16. März im Rittersaal in Schwerin stattfand (siehe auch vorigen Seniorenkurier), informierte Bernd Rosenheinrich. Am zweiten Weiterbildungstag gab Franz-Martin Schäfer, Referent der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in M-V, in einem für uns interessanten Vortrag Erläuterungen zur Arbeit der Ehrenamtsstiftung. Gerd Hamm, Leiter des Sozialamts des Landkreises Vorpommern-Greifswald, informierte sehr ausführlich über die Ergebnisse und die Umsetzung der Pflegesozialplanung so-

wie die Arbeit des Sozialamts und das Zusammenwirken der Seniorenverbände mit den Kommunen des Landkreises.

Die Themen der Verkehrsplanung ÖPNV und SPNV des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte erläuterten die Gesprächspartner Torsten Grahn, Geschäftsführer der Mecklenburg-Vorpommerschen Verkehrsgesellschaft mbH (MVVG) Demmin, und die Sachbearbeiterin der Nahverkehrsplanung / ÖPNV des Landkreises Doris Koß.

Die Weiterbildungsmaßnahme wurde begrüßt, weil durch den

praktischen Erfahrungsaustausch wertvolle Anregungen für die ehrenamtliche Arbeit gewonnen wurden. Es gab auch Hinweise zur Themengestaltung für weitere Bildungsmaßnahmen. Eine Auswertung dieses Treffens nahmen der stellvertretende Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, Peter Lundershausen, und ich auf der 14. gemeinsamen Mitgliederversammlung des Kreissenorenbeirats mit den regionalen Seniorenbeiräten am 22. Juni in der „Alten Schule“ in Törpin vor.

*Erich Rottenau*

*Mitglied des Kreissenorenbeirats*

## Politische Teilhabe in lockerer Form

„Jugend im Landtag“ – Gedankenaustausch auf Augenhöhe

Die Landtagswahlen am 4. September waren Themengeber für die diesjährige Veranstaltung „Jugend im Landtag“ im Juni. Als Ausdruck ihrer Wünsche und Erwartungen an die Landesregierung erarbeiteten deshalb rund 100 Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren ein Jugendregierungsprogramm, das von den aus ihren Reihen benannten „Schattenministern“ mit den Landtagsabgeordneten der demokratischen Fraktionen diskutiert und danach bestätigt wurde. In Fortsetzung des auf dem



8. Altenparlament verabredeten Generationendialogs nahmen als Vertreterinnen des Landesseniorenbeirats und des Altenparlaments Brigitte Paetow und Brigitte Seifert an diesem wichtigen Tagesordnungspunkt des Treffens teil. Diese Form der Vorstellung politischer Auffassungen war sehr wirkungsvoll. Die Jugendlichen haben uns wieder gezeigt, dass politische Teilhabe auch in lockerer

*Fortsetzung auf Seite 8*

Fortsetzung von Seite 7

Form ernsthaft betrieben werden kann, d. h. sie kann auch Spaß machen, und wir sollten deshalb solche Formen in unserer Arbeit auch anwenden.

Die sieben „Ministerinnen“ und „Minister“ stellten zunächst die in Workshops erarbeiteten Forderungen aus den ihnen zugeordneten Ressorts vor:

### 1. Politische Jugendbeteiligung

Das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll in der Kommunalverfassung des Landes gesetzlich verankert werden. Etablierung einer Enquete-Kommission unter Beteiligung von Jugendlichen zur Vertretung ihrer Interessen auf Landesebene. Den staatlichen und privaten Schulen sollen Informationen über politische Bildungsprojekte übermittelt werden. Konkrete Festlegung zur Freistellung vom Unterricht zum Zweck politischen Engagements und für Projekte.

### 2. Gender & Sex

Berücksichtigung von LSBTTIQ (Abkürzung für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell, Transgender, Intersexuell und Queer) in den Medien. Unterstützung von Aufklärung und Präventionsangeboten in MV durch die Landesregierung. Überarbeitung der Lehrpläne, so dass sie das Spektrum der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identitäten abbilden und thematisieren.

### 3. Umwelt

Förderung der ökologischen und regionalen Landwirtschaft. Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Den aktiven Umweltschutz vorleben und zusätzlich eine oder einen Umweltschutzbeauftragten benennen, der bzw. die



An „runden Tischen“ im Plenarsaal des Landtags wurden die einzelnen Abschnitte des Jugendregierungsprogramms mit den Abgeordneten des Landtags ausgiebig diskutiert.

den Umweltschutz in der Öffentlichkeit bewirbt.

### 4. Mobilität in MV

Ausbau der Radwege forcieren. ÖPNV / SPNV flächendeckend ausbauen. Frühere Mobilität ermöglichen.

### 5. Digitale Gerechtigkeit

Bessere Aufklärung über digitale Medien in der Bildung und deren Umgang. Forderung nach einem kostenfreien und stabilen Internetanschluss von 50 MBit flächendeckend in ganz Deutschland. Erlassen von Gesetzen für den Schutz jedes Einzelnen im digitalen Raum. Forderung nach mehr Freiheit des Netzes bezüglich des Schutzes der Privatsphäre, Netzneutralität und der kommerziellen Überwachung sowie der Eingrenzung der Vorratsdatenspeicherung.

### 6. Flucht und Migration

Unterstützung und Entwicklung einer großen Kampagne durch den Landtag. Rassismus ist uncool – Netze gegen Hetze. Förderung und Forderung von Schülerprojekten zur Begegnung und Integration. Unterstützung und Weiterbildungsprogramm für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit.

### 7. Armut in MV

Anerkennung der ausländischen Berufs-

und Studienabschlüsse. Transparente Lohnspiegel nach Regionen. Angleichung der Löhne Ost – West.

Für alle sieben Themen wurden für ihre Umsetzung auch die erforderlichen Maßnahmen beschrieben. Diese sind nachzulesen auf der Internetseite <http://www.ljrmv.de/ljrmv/langzeitprojekte/jugend-im-landtag/jil16/jugendregierungsprogramm.php>

Auch wir haben uns in die Diskussion zu den eben genannten Themen eingebracht. Uns hat die Ernsthaftigkeit der Gesprächsführung in den einzelnen Workshops beeindruckt. Es war ein Gedankenaustausch auf Augenhöhe. Deshalb verstehen wir auch die seit langer Zeit von den Jugendlichen erhobene Forderung, auch an den Landtagswahlen in unserem Bundesland schon ab 16 Jahren teilzunehmen. Damit könnte auch hier die Motivation der jungen Generation für politische Mitwirkung gestärkt werden. Die Bundesländer Bremen und Brandenburg räumen bereits diese Möglichkeit ihren Jugendlichen ab 16 Jahren ein.

Brigitte Paetow und  
Brigitte Seifert

## Viel Kraft und Energie bei der Integration

Stelling-Preis 2016 verliehen / Erinnerung an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten

Am 22. Juni verlieh die SPD-Landtagsfraktion zum elften Mal den mit 2.000 Euro dotierten Johannes-Stelling-Preis für Zivilcourage, ehrenamtliches Engagement und engagiertes Eintreten gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit

und Rechtsextremismus. Mit dem Preis wird an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin von 1921 bis 1924 erinnert, der aufgrund seiner unbeugsamen Haltung gegen die nationalsozialistische

Diktatur in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 mit anderen aufrechten Demokraten in Berlin von den Nazis ermordet wurde. Eine fachkundige Jury, bestehend aus dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Norbert Nieszery, dem Rechtsextremis-

mus-Experten der SPD-Fraktion Julian Barlen, dem Vorsitzenden des Landesseniorenbeirats, Bernd Rosenheinrich, sowie Friedhelm Heibroek, Geschäftsführer des Landesjugendrings MV, hatte dafür drei geeignete Kandidaten nominiert. Insgesamt waren 19 verschiedene Vorschläge eingereicht worden.

Die stellvertretende SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende, Stefanie Drese, hob in ihrer Rede hervor, dass Tausende Freiwillige in Deutschland in den vergangenen Monaten viel Kraft und Energie bei der Unterbringung, Versorgung und Unterstützung der Geflüchteten verwendet hätten. „Ohne diesen unermüdlichen Einsatz hätten staatliche Stellen auf allen Ebenen die gewaltige Aufgabe nicht schultern können.“ Nun seien Staat und Zivilgesellschaft bei der Integration der

Flüchtlinge gefordert. Wie dies gelingen könne, zeigten auf herausragende Weise die drei Nominierten für den Johannes-Stelling-Preis, die exemplarisch für viele engagierte Menschen stünden.

Festredner der Stellingpreis-Verleihung war der Künstler, Journalist und Träger des deutschen Fernsehpreises 2016, Michel Abdollahi. Die Laudatio auf den Hauptpreisträger, den Verein Willkommenskultur Torgelow, übernahm die migrations- und integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dagmar Kaselitz. Eine hohe Würdigung verdiene vor allem das Bemühen des Vereins, Menschen nach ihrer Anerkennung in der Stadt zu halten und für sie Lebensperspektiven zu finden. Neben Deutschkursen und Patenschaften würden den neuen Mitbürgern Praktika,

Ausbildungsplätze und Arbeitsstellen vermittelt. Zum Angebot gehörten auch gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Vereinen aus der Umgebung.

Ehrenpreise erhielten der langjährige Boxtrainer Dieter Schäfer von der SG03 Ludwigslust/Grabow und das Netzwerk für Flüchtlinge in Parchim. In Schäfers Trainingsgruppe sei, unbeeindruckt von Protesten einiger rechtsgesinnter Familien, jedes Kind willkommen, insbesondere auch Flüchtlinge und Zuwanderer aus Osteuropa, hieß es. Das Parchimer Netzwerk kümmere sich vorbildlich um Flüchtlinge und um ein antirassistisches Klima in Parchim und Umgebung. Die Laudatio für den Boxtrainer Dieter Schäfer hielt die stellvertretende Vorsitzende des Landesseniorenbeirats Brigitte Seifert.

Brigitte Seifert

## Keine Angleichung der Ostrenten

### Wert der Versprechungen von Politikern

Immer groteskere Züge nimmt das unwürdige Gezerre in der Bundesregierung zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West an. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet bei der Finanzierung der geforderten Angleichung keine schnelle Lösung. Erneut wird mit der Keule der Herabstufung der bisher erfolgten Höherbewertung der Rentenpunkte für die noch arbeitenden Ostdeutschen gedroht. Auffällig, dass auch in der Berichterstattung verschiedener Medien das Bestreben sichtbar wird, einen Generationenkonflikt mit der Rentendiskussion zu entfachen. Diskutiert werden Vorteile ostdeutscher bei gleichem Einkommen gegenüber westdeutschen Rentnern. Bewusst verschwiegen wird, dass dies nur in den Bereichen aktuell ist, die nun endlich nach 100 Prozent Westtarif entlohnt werden. Die große Gruppe der Benachteiligten, die noch weit unter 100 Prozent Westtarif liegen, wird nicht erwähnt. Das ist in unserem Bundesland aber der überwiegende Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

In der *Sächsischen Zeitung* konnte man lesen, dass das Bundesfinanzministerium die Kosten nicht aus dem Bundeshaushalt bezahlen will, das Thema nicht unter den vorrangigen Finanzbedarf gestellt worden ist. Finanzminister Wolfgang Schäuble vertrete die Auffassung, dass die Angleichung des Rentenwertes Ost an West keine prioritäre Aufgabe sei. Arbeitsministerin Andrea Nahles hatte beabsichtigt, die Ostrenten ab 2018 bis 2020 in zwei Schritten an das Westniveau anzugleichen und dies in den Jahren 2018 und 2019 mit je 1,8 Milliarden Euro und 2020 mit 3,9 Milliarden Euro aus Steuermitteln zu finanzieren.

#### **Wir erinnern uns:**

Auf dem Seniorentag 2009 in Leipzig stellte ein Teilnehmer an die Bundeskanzlerin folgende Frage:

„Für die Rentnerinnen und Rentner insbesondere in den neuen Bundesländern ist es ein wichtiges Anliegen, dass ihre Lebensleistung in gleicher Weise anerkannt und bewertet wird wie in den alten Bundesländern. Im September hieß

es, die große Koalition plane, noch vor der Bundestagswahl den Zeitplan für die Angleichung der Rentenwerte Ost / West zu beschließen. Ist damit noch zu rechnen? In welchem Zeitraum würden Sie die Möglichkeit sehen?“

Die Kanzlerin antwortete darauf wie folgt: „In dieser Legislaturperiode – wir haben nur noch zwei Sitzungswochen – ist nicht mehr damit zu rechnen. Alle Parteien sehen das aber als eine Dringlichkeitsaufgabe für die nächste Wahlperiode an. Wenn Sie tiefer in die ganze Frage einsteigen, dann bemerken Sie, dass das ein sehr kompliziertes Geflecht ist. Wir müssen hierbei sehr aufpassen, dass da nicht Pauschalisierungen in den Raum gestellt werden, die uns sehr schnell die Dinge hochheizen lassen. Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn Sie mich nach dem Zeitrahmen fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“

Fortsetzung auf Seite 10

*Fortsetzung von Seite 9*

Im Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“ zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode steht dazu auf Seite 74:

„Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen  
Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben: Zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte.

Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.“

Der 1. Juli 2016 ist nun auch bereits vorbei, ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz aber noch nicht mal in der Diskussion. Ist das der neue Umgang der politischen Entscheidungsträger mit den Problemen der Menschen und ihren eigenen Versprechungen?

Es gab Zeiten, als uns auch schon der Niedrigstlohn von der jetzigen Bundeskanzlerin als Standortvorteil für Mecklenburg-Vorpommern verkauft wurde. Für viele Niedriglohempfänger stellt

sich die Frage, wer von diesem Standortvorteil bisher profitierte. Sie und die jetzige Rentnergeneration bestimmt nicht. Die Bundesfamilienministerin Manuella Schwesig verwies darauf, dass wir über 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, wie im Koalitionsvertrag formuliert, endlich ein einheitliches Rentensystem brauchen. Frau Merkel steht im Wort, wie oben ersichtlich. Das entspricht auch einer Forderung aus unserer Resolution des 9. Altenparlaments „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ und wir sollten diese Forderung immer und überall laut und selbstbewusst vertreten.

*Bernd Rosenheinrich*

## Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

### Herbsttagung 2016:

12. Oktober Beginn in Parchim und

13. Oktober in Banzkow

### Arbeitsberatungen im vierten Quartal 2016:

4. Oktober, 1. November und 6. Dezember

### Regionalkonferenzen:

14. September in Güstrow, 21. September in Stralsund

### Kooperationstreffen:

5. September

### AG Seniorensicherheit:

26. Oktober

## INFORMATIONEN DER BAGSO:

# Einsendeschluss für den Goldenen Internetpreis 2016

Noch bis zum 16. September können sich Interessierte um den Goldenen Internetpreis 2016 bewerben. Er zeichnet in den Kategorien „Alltag“, „Soziales Engagement“ und „Starthilfe“ online aktive über Sechzigjährige aus. Der Sonderpreis „Jung und Alt – gemeinsam online“ prämiert

Mehrgenerationen-Projekte. Eingereicht werden können Erfahrungsberichte, Projektbeschreibungen, Videodokumentationen oder Präsentationen.

Die diesjährige Schirmherrschaft übernahm Gerd Billen, Staatssekre-



tär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Die BAGSO organisiert gemeinsam mit Deutschland sicher im Netz e. V., „Wege aus der Einsamkeit“, Google Deutschland und Deutsche Telekom den Wettbewerb.

## Dokumentation „Älter werden in ländlichen Räumen“

Fachleute und haupt- und ehrenamtliche Akteure aus der Seniorenarbeit und Seniorenpolitik diskutierten kürzlich über die besonderen Heraus-

forderungen des Alterns in ländlichen Räumen, zeigten Lösungsansätze auf und erarbeiteten Handlungsempfehlungen. Neben Impulsreferaten und

einer Podiumsdiskussion gab es vier moderierte Arbeitsgruppen. Die Dokumentation zur Fachtagung finden Sie auf der Internetseite der BAGSO.

## INFORMATIONEN DER BAGSO:

## Bildung für mehr Lebensqualität Älterer

„Neue Rollen für die Zivilgesellschaft in einer ‚Caring Community‘: Innovative Bildung für mehr Lebensqualität und Selbstbestimmung im Alter“ heißt ein neues europäisches BAGSO-Projekt. Es wird über das EU-Programm ERASMUS+ gefördert und beleuchtet die Rolle der Zivil-

gesellschaft bei der Umsetzung international verankerter Rechte älterer Menschen. Ziel des Projekts ist die Förderung von Eigenverantwortung für ein selbstbestimmtes und aktives Leben im Alter durch die innovative Bildung für eine wertorientierte Pflege. Im Angebot sind zwei dreitägige

Schulungsprogramme in deutscher Sprache, die sich an Bildungsakteure eines BAGSO Projektkonsortiums richten, die einen Schwerpunkt im Bereich pflegeorientierten Engagements haben und an der Internationalisierung ihrer Bildungsarbeit interessiert sind.

## Jugend von gestern erlebt Europa von heute

Senioren-Lernen-Online hat in den vergangenen Jahren an einer Reihe europäischer Projekte teilgenommen. Das Internet sowie später die neuen mobilen Endgeräte und ihre Nutzung durch Senioren bildeten dabei das ge-

meinsame Thema. In einem eBook erzählen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von ihren Reisen durch Europa. Alle Geschichten sind bebildert und geben einen Einblick in die Kultur der jeweiligen Gastländer – nicht zuletzt

auch in die Esskultur, denn die Rezepte der genossenen Gerichte runden die Berichte jeweils ab. [www.euprojekte.pressbooks.com](http://www.euprojekte.pressbooks.com); [www.senioren-lernen-online.de](http://www.senioren-lernen-online.de)

## Kneipp-Bund: Neue Strategien zur Prävention

Innerhalb der Tagung „Zukunft Prävention“ am 23. November in Berlin wird nach neuen Konzepten und Strategien zur Prävention chronischer Erkrankungen gefragt. Darüber hinaus soll

erörtert werden, wie das Selbstmanagement und die Gesundheitskompetenz der Betroffenen gefördert werden können. Außerdem soll der Frage nachgegangen werden, wie weit der Staat hier

Einfluss nehmen soll. BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering wird zum Thema „Prävention chronischer Krankheiten – zwischen Paternalismus und Eigenverantwortung“ einen Vortrag halten.

## Plattform „Digital-Kompass“ gibt Tipps und hilft weiter

Der Digital-Kompass ist eine Plattform, auf der die Nutzerinnen und Nutzer Lehrmaterialien und praktische Tipps für ihre Schulungen und Beratungen älterer Menschen sowie für den direkten Austausch

mit Gleichgesinnten finden. Er richtet sich bundesweit an Lotsen, Helfer, Paten oder andere engagierte Menschen in Senioren-Computerclubs, Volkshochschulen, Vereinen, Kirchengemeinden und anderen Einrichtun-

gen, die Seniorinnen und Senioren im Alltag begleiten. Ende August wurde der Digital-Kompass im Rahmen des Tages der offenen Tür der Bundesregierung vorgestellt.

## BAGSO-Internetwoche „Digitale Helfer“

Bereits zum fünften Mal macht die BAGSO in den unterschiedlichsten Medien auf ältere Internetnutzer und die vielfältigen bundesweiten und regionalen Angebote und Aktionen ihrer Verbände und deren Akteure aufmerk-

sam. Unter dem Motto „Digitale Helfer“ zeigt die BAGSO in diesem Jahr vom 29. Oktober bis zum 4. November, wie ältere Menschen digitale technische Helfer nutzen, z.B. zur Bildbearbeitung, zum Planen von Routen und das Buchen von

Bahntickets. Zum anderen sollen die Helferinnen und Helfer durch die digitale Welt – wie Internet-Lotsen und Senioren-Technik-Botschafter – bekannt gemacht und ihr Austausch untereinander gefördert werden.

## Geltendes Gesetz muss überprüft werden

Sozialministerin: Neue Wohnformen in der Pflege dürfen nicht zu Missbrauch führen

Sozialministerin Birgit Hesse hat eine Überprüfung des Einrichtungsqualitätsgesetzes in Aussicht gestellt. „Die aktuelle Debatte über Pflegemissstände muss Anlass sein, das derzeit geltende Gesetz zu überprüfen“, sagte die Ministerin. „Ich stehe mit Bundesgesundheitsminister Gröhe in engem Kontakt, um auch künftig die Qualität der Pflege zu gewährleisten.“ Hesse, die in diesem Jahr auch den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz hat, verwies darauf, dass der Bund im Pflegestärkungsgesetz III auch auf die Problematik eingehen wird. „Vor einer Gesetzesänderung durch das Land muss geprüft werden, welche Regelungen der Bund treffen

wird.“ Die Sozialministerin betonte: „Wir brauchen neue Formen der Pflege, um den Wünschen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gerecht zu werden. Dazu gehören auch ambulant betreute Wohngemeinschaften, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner bzw. ihre Angehörigen über die Konstellation der Versorgung entscheiden. Es muss aber vom Gesetzgeber sichergestellt werden, dass solche Wohnformen nicht ausgenutzt werden, um Qualitätsstandards zu umgehen.“

Die Ministerin machte deutlich, dass sich neue Wohnformen nicht der Heimaufsicht durch die Landkreise und kreisfreien Städte entziehen dürften.

Gleichzeitig wies sie aber auf eine verfassungsrechtliche Problematik hin: „Die Wohnung steht unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. Daran soll sich auch nichts ändern. Den Behörden kann also nicht das Recht gewährt werden, grundlos Wohnungen zu betreten und Überprüfungen vorzunehmen.“

Im bisherigen Einrichtungsqualitätsgesetz gelte schon jetzt der Grundsatz So viel Schutz wie möglich, so viel Schutz wie nötig. Daran werde man auch künftig festhalten. „Der grundsätzlich größere Freiraum für die neu entstandenen Wohnformen bedingt aber, dass es sich um selbst bestimmte Wohngemeinschaften handelt.“ ■

## „Wir brauchen schnell pragmatische Lösungen“

Staatssekretär Nikolaus Voss zur Situation der Notärzte im Rettungsdienst

Bei der diesjährigen Gesundheitsministerkonferenz Ende Juni in Warnemünde wurde zwischen den Ländern und dem Bund unter anderem die Frage diskutiert, welche Folgen die zunehmende Einstufung der Tätigkeit von Honorärärzten im Rettungsdienst als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf die Sicherstellung des Rettungsdienstes gerade in ländlichen Regionen habe. Seit Monaten führen Meldungen über einen möglichen ernsthaften Mangel an Notärzten aufgrund der ak-

tuellen Rechtsprechung zu großer Verunsicherung. Auf einer anschließend einberufenen Beratung in Berlin, an der auch Mecklenburg-Vorpommern – als Bundesland, das derzeit den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz innehat – teilnahm, sagten die Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu, Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Nikolaus Voss, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und

Soziales, begrüßte dies und sagte: „Der Gesprächsfaden darf nicht abreißen, bis eine tragfähige Lösung für den Rettungsdienst gefunden ist. Wir haben ein gutes Rettungsdienstgesetz, das allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes im Ernstfall schnelle medizinische Hilfe zusichert. Aber wir brauchen nun auch – sehr schnell – pragmatische Regelungen, damit keine Lücken bei der Gewinnung von Notärztinnen und Notärzten für den Rettungsdienst auftreten.“ ■

## Nationale Lenkungsgruppe Impfen gestartet

Mecklenburg-Vorpommern ist Vorreiter bei den international geforderten Quoten

Gesundheitsministerin Birgit Hesse hat kürzlich die Nationale Lenkungsgruppe Impfen in Schwerin gegründet. Ihr Ziel ist es, die Impfquoten in Deutschland deutlich zu erhöhen. „In Mecklenburg-Vorpommern haben wir sehr hohe Impfquoten“, kommentierte sie. Zum Beispiel seien 96 Prozent aller Schulanfänger gegen

Mumps, Masern und Röteln geimpft. „Um solche hervorragenden Werte in ganz Deutschland zu erzielen, ist es notwendig, Aufgaben und Zielsetzungen der Bundesländer zu koordinieren und gemeinsam zu erarbeiten.“ Für die meisten Menschen sei Impfen Normalität. Gerade bei Schulpflichtern steigen die Impfquoten

kontinuierlich. Gemeinsam mit Brandenburg erreicht Mecklenburg-Vorpommern als einziges Bundesland die von der Weltgesundheitsorganisation WHO geforderten 95 Prozent. „Aber zwei Bundesländer und eine Altersgruppe machen Deutschland noch zu keinem Ort der Impfung-Glückseligen.“ ■

# Vielfältige Handlungsempfehlungen

## Nach fünf Jahren beendete die Enquete-Kommission des Landtags ihre Tätigkeit

In seiner 8. Sitzung am 1. Februar 2012 hatte der Landtag auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU die Enquete-Kommission „Alter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt. Ihr Auftrag: Dem Parlament Maßnahmen zu empfehlen, mit denen die Teilhabe- und Versorgungsansprüche der älter werdenden Bevölkerung umgesetzt werden können. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem Soziale Sicherung im Alter, Alter und Gesundheit, Altersgerechtes Wohnen, Pflege sowie Mobilität im Alter.

Nach dem Einsetzungsbeschluss entfielen auf die SPD-Fraktion acht Mitglieder, auf die CDU-Fraktion sechs, auf die Fraktion DIE LINKE vier, die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zwei und auf die NPD-Fraktion ein Mitglied. Hinzu kamen nichtparlamentarische Mitglieder.

Nach knapp fünf Jahren schloss die Enquete-Kommission in ihrer 47. Sitzung ihre Arbeit ab. Nach Verabschiedung des ersten Zwischenberichts im April 2014 und des zweiten Anfang 2016 beriet das 21-köpfige Gremium Anfang Juni den Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen zu den Themenfeldern „Bildung und Arbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“ sowie „Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ (siehe

auch vorigen *Seniorenkurier*).

Die Kommission sprach sich dabei u. a. für die Ausgestaltung eines flächendeckenden bedarfsgerechten Weiterbildungsangebots mit einem kommunalen Bildungsmanagement, für Flexibilisierung sowie stärkere Förderung von Prävention in der Arbeitswelt, für eine Entbürokratisierung kleinerer Projekte im bürgerschaftlichen Engagement, für die Stärkung der Teilhabekultur durch Vernetzung und partnerschaftlichen Dialog, für die Sicherstellung der Finanzierung von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten und für ein flächendeckendes Regional-, Stadt-, Quartiers- und Dorfmanagement aus.

Auf der Grundlage von Anhörungen, Workshops und von der Enquete-Kommission in Auftrag gegebenen Grundlagenexpertisen entwickelte die Kommission in dieser Legislaturperiode bereits Empfehlungen zu den Themenfeldern „Wohnen im Alter“, „Mobilität“ sowie „Alter und Gesundheit / Pflege“ und erarbeitete Informationen zur Lebens- und zur Einkommens- und Vermögenssituation Älterer. In der letzten Sitzung äußerte sich der Kommissionsvorsitzende Jörg Heydorn sehr zufrieden mit Arbeitsweise und Ergebnissen der Kommission und dankte allen Mitgliedern.

In dieser letzten Sitzung wurde dem Entwurf des Abschlussberichts mehrheitlich, bei einer Gegenstimme von der Fraktion der NPD, zugestimmt. Bis zum 17. Juni hatten die Kommissionsmitglieder die Gelegenheit, gegebenenfalls Sondervoten vorzulegen. In der Sitzung des Landtags am 8. Juli beriet das Plenum über den Abschlussbericht. Erscheinen soll eine gedruckte Dokumentation, die alle drei Berichte der Kommission enthält und der eine CD mit allen Kommissionsunterlagen beigelegt werden soll.

*LandtagsNachrichten 5/2016*

Im Landtag lobten SPD und CDU die konstruktive Zusammenarbeit. Auch Linke und Grüne zeigten sich – bis auf wenige Abstriche – mit dem Abschlussbericht zufrieden. Als Landes seniorenbeirat M-V werden wir darauf achten, dass sich die Handlungsempfehlungen in der nächsten Legislaturperiode auch in der konkreten Arbeit von Landtag und Landesregierung widerspiegeln. Den Bericht der Enquete-Kommission (Drucksache 6/5610) kann man sich auf der Internetseite des Landtags <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/enquete-kommission.html> herunterladen oder kostenlos bestellen unter Tel. (0385) 525-1400. ■

## Gesundheitswirtschaft in der digitalen Welt

### 12. Branchenkonferenz in Warnemünde

Am 13. und 14. Juli fand in Rostock-Warnemünde die 12. Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft mit 800 Teilnehmern unter dem Motto „Die Gesundheitswirtschaft in der digitalen Welt“ statt. Partnerland der Konferenz war in diesem Jahr Italien. „Es hat aufgrund der ähnlichen demografischen Entwick-

lung wie in Deutschland einen Bedarf an leistungsfähigen Medizintechnikprodukten“, betonte Harry Glawe, Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus, einleitend.

Erfahrungen zu diesem Thema brachten aber auch noch andere Länder ein, etwa Österreich bei der Einführung einer elektronischen Gesund-

heitsakte für die Bürger. Dadurch wurde neben der Gesundheitswirtschaft auch der Bogen zum Gesundheitswesen geschlagen und somit eine Reihe von Fragen angesprochen, von denen hier nur drei beschrieben seien.

*Fortsetzung auf Seite 14*

Fortsetzung von Seite 13

## 1. Das „Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ (E-Health-Gesetz) vom 21. Dezember 2015

Bisher ist in Sachen Digitalisierung des Gesundheitswesens beim Patienten noch nicht viel angekommen. Jeder erlebt es ständig: Noch immer werden Arztbriefe geschrieben und E-Mails oder gar Faxe geschickt. Noch immer ist ein unkomplizierter Datenaustausch zwischen Hausärzten, Apotheken, Krankenhäusern und Kassen nicht gewährleistet. Doch nun gibt es das genannte Gesetz. Was soll es bewirken? Es enthält einen konkreten Fahrplan für die bundesweite Einführung einer Telematik-Infrastruktur mit höchsten Sicherheitsstandards und die Einführung nutzbringender Anwendungen auf der elektronischen Gesundheitskarte. „Telematik“ setzt sich aus „Telekommunikation“ und „Informatik“ zusammen. Auf das Gesundheitswesen bezo-

gen, heißt das: Die unterschiedlichen IT-Systeme von Arztpraxen, Apotheken, Krankenhäusern und Krankenkassen sollen nach und nach vernetzt werden, um so den Austausch von medizinischen Daten zu gewährleisten. Das Gesetz enthält einen Fahrplan für die Einführung einer digitalen Infrastruktur. Danach sorgt ein modernes Stammdatenmanagement (Online-Prüfung und Aktualisierung von Versichertenstammdaten) für aktuelle Daten in der Arztpraxis und schützt vor Leistungsmissbrauch zu Lasten der Beitragszahler. Diese erste Online-Anwendung der elektronischen Gesundheitskarte soll nach erfolgreichem Probelauf bis Mitte 2018 flächendeckend eingeführt werden. Medizinische Notfalldaten sollen ab 2018 auf Wunsch des Versicherten auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden.

Um die Ausgabe der Heilberufsausweise zu unterstützen, mit denen Ärz-

te auf die sensiblen Daten der Gesundheitskarte zugreifen können, werden elektronische Arztbriefe bereits vor Einführung der Telematik-Infrastruktur gefördert, wenn hierfür ein elektronischer Heilberufsausweis mit elektronischer Signatur verwendet wird. Mit dem E-Health-Gesetz wird der Einstieg in die elektronische Patientenakte gefördert. Patientennutzen und -selbstbestimmung stehen im Mittelpunkt. Der Patient entscheidet darüber, welche medizinischen Daten mit der Gesundheitskarte gespeichert werden und wer darauf zugreifen darf. Zur Förderung der Telemedizin sollen die telekonsiliarische Befundbeurteilung von Röntgenaufnahmen ab April 2017 und die Online-Videosprechstunde ab Juli 2017 in die vertragsärztliche Versorgung aufgenommen werden. Um sinnvolle Anwendungen, zum Bei-



spiel die Telemedizin, in die Fläche zu bringen, muss sichergestellt sein, dass die verschiedenen IT-Systeme auch miteinander kommunizieren können. Die Gesellschaft für Telematik wird daher verpflichtet, bis zum 30. Juni 2017 ein Interoperabilitätsverzeichnis zu erstellen, das die von den verschiedenen IT-Systemen im Gesundheitswesen verwendeten Standards transparent macht.

Weil immer mehr Menschen Smartphones und andere mobile Endgeräte für Gesundheitsanwendungen nutzen, soll die Gesellschaft für Telematik bis Ende 2016 prüfen, ob die Versicherten solche Geräte etwa zur Wahrnehmung ihrer Zugriffsrechte und für die Kommunikation im Gesundheitswesen einsetzen können.

Der Ausbau soll in drei Stufen erfolgen. Das Gesetz sieht vor, bis Mitte 2018 „Arztpraxen und Krankenhäuser flächendeckend an die Telematik-Infrastruktur anzuschließen.

Sommer 2016: Ärzte und Zahnärzte können so genannte Stammdaten austauschen, also Informationen über Name, Anschrift und Versicherung des Patienten.

Oktober 2016: Patienten, die drei oder mehr Medikamente einnehmen, haben Anspruch auf einen schriftlichen Medikationsplan. Später soll dieser dann auch elektronisch abrufbar sein.

Juli 2018: Wenn der Patient zustimmt, verwalten Ärzte nun auch lebensrettende Notfalldaten wie Vorerkrankungen, Blutgruppe und Medikamente elektronisch

## 2. Die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) in Österreich

Hierzu sprach Dr. Susanne Herbek, Geschäftsführerin der ELGA GmbH, Wien. Patientinnen und Patienten können mit ELGA erstmals ihre eigenen Gesundheitsdaten einsehen und verwalten – egal, wann und egal, wo sie gerade sind. Zudem erhält die behandelnde Ärztin bzw. der Arzt (oder ein an-

derer ELGA-Gesundheitsdiensteanbieter während einer Behandlung bzw. Betreuung) rasch und unkompliziert Vorbefunde, Entlassungsberichte und die aktuelle Medikation seiner Patientinnen und Patienten was die weitere Diagnostik und Therapie entscheidend unterstützt. Somit kann ELGA die medizinische, pflegerische und therapeutische Behandlung und Betreuung durch einen besseren Informationsfluss unterstützen – vor allem dann, wenn mehrere Gesundheitseinrichtungen oder Berufsgruppen entlang einer Behandlungskette zusammenarbeiten. Seit dem Start der ersten ELGA-Gesundheitsdiensteanbieter Ende 2015 steht auch die erweiterte Version dieses Portals für Bürgerinnen und Bürger bereit. Dort können sie ihre eigenen, ab diesem Zeitpunkt entstandenen Befunde abrufen. Mit dem Start der e-Medikation wird diese Funktion auch im ELGA-Portal nutzbar sein. Die Patien-

## Zwei-Schlüssel-Prinzip der elektronischen Gesundheitskarte



Quelle: BMG

tinnen und Patienten können in ihrer e-Medikationsliste ihre verschriebenen und in der Apotheke abgeholt bzw. ihre offenen und noch nicht in der Apotheke abgeholt Medikamente einsehen. Parallel dazu werden die Standorte der ELGA-Ombudsstelle bei den Patientenanwaltschaften ihre Tätigkeit aufnehmen.

Zu den ELGA-Gesundheitsdiensteanbietern zählen Krankenanstalten, Einrichtungen der (mobilen und stationären) Pflege, Ärztinnen und Ärzte. Ausgenommen sind: Ärztinnen und Ärzte im Dienst der Sozialversicherung oder anderer Versicherungen, Ärztinnen und Ärzte mit behördlichen Aufgaben (Amtsärztinnen und Amtsärzte) oder bei der Musterung für den Wehrdienst, Arbeitsmedizinerinnen und Arbeitsmediziner, Schulärztinnen und Schulärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte (außer Dentistinnen und Dentisten), Zahnärztinnen und Zahnärzte im Dienst der Sozialversicherung oder anderer Versicherungen, Amtszahnärztinnen und Amtszahnärzte sowie Apotheken.

Im ELGA-Gesetz ist auch klar geregelt, wer auf ELGA-Gesundheitsdaten zugreifen darf: Es sind dies neben der Patientin bzw. dem Patienten selbst ausschließlich nur jene Ärztinnen und

Ärzte oder ELGA-Gesundheitsdiensteanbieter, die tatsächlich gerade die betreffende Patientin bzw. den betreffenden Patienten behandeln oder betreuen. Die Nutzung des Systems ist für den Bürger kostenlos.

Da dieses System erst Ende 2015 eingeführt wurde, ist auch die Nutzung durch die Bürger noch nicht besonders hoch. Die Referentin drückte aber die Gewissheit aus, dass das System zukunftsfähig sei und sich deshalb schnell durchsetzen werde. Ein Vorbild für Deutschland?

### 3. Beispiele für die Nutzung der Telemedizin in Mecklenburg-Vorpommern

**3.1 Sicherheit für Herzpatienten:** 1500 Patienten mit Herzrhythmusstörungen, Bluthochdruck und Herzmuskelschwäche können ab 2017 von einem Projekt profitieren, das der Philips-Konzern und die Universitätsmedizin Rostock initiieren. Patienten werden mit Uhren ausgestattet, die Puls und Blutdruck messen. Eine Smartphone-App gibt Betroffenen ein Signal, wenn die Werte kritisch werden. In Notfällen schaltet sich ein Callcenter ein und warnt Risikopatienten. Patienten, die teilnehmen möchten, können sich bei ihrem Kardiologen melden und wer-

den dann mit der entsprechenden Technik ausgestattet.

**3.2 Musik hilft gegen Tinnitus:** Patienten lassen beim Arzt ihre Tinnitus-Frequenz bestimmen und laden sich eine Musik-App herunter. Dann gilt es, Durchhaltevermögen zu beweisen: Ein Jahr lang täglich 90 Minuten Musik über Kopfhörer hören, dann wird der störende Ton des Tinnitus viel weniger wahrgenommen. Die Kosten dafür übernimmt derzeit nur die Techniker-Krankenkasse.

**3.3 Betreuung von Patienten mit Hauterkrankungen:** Die Universitätsmedizin Greifswald führt ein Projekt gemeinsam mit der Techniker-Krankenkasse durch. Über ein Smartphone bzw. Tablet, auf dem eine eigens für das Projekt entwickelte Applikation (mSkin App) installiert werden soll, wird eine interaktive Kommunikation zwischen Arzt und Patient erfolgen. Hiermit soll eine moderne und innovative Lösung zur telemedizinischen Unterstützung der Betreuung von Patienten mit Dermatosen, also schweren Hauterkrankungen, geschaffen werden. Darüber hinaus soll zum Beispiel künftig die Neurologische Universitätsklinik Greifswald beim Aufbau eines Neurologischen Telekonsils unterstützt werden. Hierbei handelt es sich um einen innovativen patientenorientierten Ansatz für die Versorgung von Patienten mit neurologischen Erkrankungen in strukturschwachen Regionen, weil aufwändige Arztbesuche der Patienten insbesondere aus dem ländlichen Raum reduziert werden können.

**Mein Fazit:** Die Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft und im Gesundheitswesen kann sowohl für den Patienten als auch im Anbieterbereich viele Vorteile bringen. Voraussetzung ist aber immer eine gute Fähigkeit der Patienten, die neuen Medien richtig nutzen zu können, eine erforderliche Infrastruktur zur Nutzung des Internets direkt bei den Patienten sowie ein datenschutzrechtlicher Umgang mit den ermittelten Daten.

Brigitte Paetow

# Heimgesetz muss auf den Prüfstand

## Schlechte hygienische Bedingungen in verschiedenen ambulanten Wohngemeinschaften

„Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Pflegeeinrichtungen stimmen momentan nicht.“ Das erklärte Kirsten Jüttner, die Leiterin der Landesvertretung des Ersatzkassenverbands, in einem Gespräch mit der *Schweriner Volkszeitung (SVZ)*. „Das Heimgesetz passt für Heime, gilt aber leider nicht für ambulante Wohngemeinschaften.“ Pflegebedürftige würden unter schlechten hygienischen Bedingungen in Durchgangszimmern leben

und statt von Fach- von Hilfskräften betreut. Eine Vereinbarung aller Krankenkassen im Land mit mehr als 30 Vertragspartnern, die ambulante Intensivpflegeleistungen erbringen, könnte deshalb von Nutzen sein.

Auch die AOK Nordost fordert, die Prüfmöglichkeiten der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) auf ambulante Wohnformen auszudehnen und unangemeldete Prüfungen auch bei an-

onymen Hinweisen zuzulassen. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) hingegen hält die bestehenden Kontrollmechanismen und Regularien für ausreichend. Christian Moeller, Sprecher des Sozialministeriums, versicherte, die aktuellen Geschehnisse seien „selbstverständlich Anlass, das Heimgesetz auf die Notwendigkeit zur Neujustierung“ zu überprüfen. ■

# „Fallen“ in den Pflegeverträgen

## Die sechs Beratungsstellen der Verbraucherzentrale M-V helfen Senioren

Die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren immer wieder festgestellt, dass Ratsuchende über bestimmte Regelungen in den Pflegeverträgen und deren Auswirkungen aufgeklärt werden müssen. Um typische „Fallen“ aufzudecken, wollen die Verbraucherschützer in den nächsten Monaten Pflegeverträge auf vorhandene unrechtmäßige Klauseln hin überprüfen. Im Ergebnis dieser Aktion sollen die Verbraucherinformationen

verbessert und Pflegeeinrichtungen gezielt auf die Einhaltung des Rechts hingewiesen werden. Wer dazu beitragen möchte, kann gern seinen Vertrag bzw. den Vertrag seiner Angehörigen der Verbraucherzentrale M-V zur Verfügung stellen.

Sechs Beratungsstellen gibt es in unserem Bundesland. In der Landeshauptstadt befindet sie sich in der Dr.-Külz-Straße 18, 19053 Schwerin, Tel. (0385) 5 91 81 10. Am 21. Oktober lädt sie zu einem Vortrag unter dem

Titel „Senioren besonders von Abzocke betroffen“ ein. Die weiteren Adressen sind: 18055 Rostock, Strandstraße 98, Tel. (0381) 2 08 70 50; 18439 Stralsund, Frankenstraße 1 – 2, Tel. (03831) 2 89 26 10; 23966 Wismar, Scheuerstraße 2, Tel. (0385) 5 91 81 10; 18273 Güstrow, Mühlenstraße 17 (Eingang Baustraße), Tel. (03843) 46 53 97; 17034 Neubrandenburg, Kranichstraße 4A, Tel. (0395) 5 68 34 10; außerdem im Internet [www.nvzmv.de](http://www.nvzmv.de), [info@nvzmv.de](mailto:info@nvzmv.de) ■

# Lokale Fernsehsender werden immer beliebter

## Jahresbericht 2015: Medienanstalt M-V fördert die Offenen Kanäle

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV), die Aufsichtsbehörde für den privaten Rundfunk und die Telemedien in Mecklenburg-Vorpommern und das Kompetenz-Zentrum des Landes für Medienbildung, hat ihren Jahresbericht 2015 vorgelegt. Dargestellt wird die umfangreiche Medienkompetenz-Förderung der MMV, die mehr als die Hälfte der ihr jährlich zur Verfügung stehenden Mittel dafür ausgibt. Zu einem großen Teil fließen

die Gelder in die Offenen Kanäle in Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Greifswald und Malchin, in denen die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes alle Mediengattungen für sich und ihre Ideen nutzen können und zugleich auch kritische Informationen erhalten.

Medienbildung und Medienkompetenz werden aber nicht nur bei der Medienanstalt selbst gefördert, sondern von zahlreichen Institutionen in unse-

rem Bundesland, zum Beispiel von Medienwerkstätten, Schulen, Kirchen, Vereinen oder sonstigen freien Trägern der Jugendarbeit. Auch 2015 hat die MMV wieder knapp 30 solcher Projekte mit insgesamt 207.000 Euro unterstützt. Im Jahresbericht wird außerdem darüber berichtet, dass die privaten kommerziellen lokalen Fernsehsender in MV immer beliebter werden. Sie steigerten ihre Einschaltquoten erneut. Zu diesem Ergebnis kam die

„Funkanalyse Mecklenburg-Vorpommern 2015“ der INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung aus Berlin. Die Studie wurde von der Medienanstalt in Auftrag gegeben und ermittelte nach 2012 und 2013 zum dritten Mal umfassend die genauen Ein-

schaftquoten aller lokalen Fernsehsender in unserem Bundesland. Weitere Themen des Jahresberichts sind u.a.: Lokales Fernsehen aus M-V über Satellit (BB-MV-Lokal-TV); Radio in M-V; Wirkungen und Nebenwirkungen der Digitalisierung im Rundfunk.

Der Jahresbericht 2015 ist kostenlos bei der Medienanstalt erhältlich und als PDF-Datei unter [www.medienanstalt-mv.de/aktuelles/publikationen.html](http://www.medienanstalt-mv.de/aktuelles/publikationen.html) herunterladbar.

*Bert Lingnau, Direktor der MMV*

## Alle Generationen einbeziehen

### Medienpolitische Forderungen des Netzwerks Medienaktiv M-V zeigen bei Politikern Wirkung

Die medienpolitischen Forderungen von Medienaktiv M-V, des landesweiten Netzwerks der Medienarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, zeigen Wirkung. Die Forderungen nach mehr Medienbildung für alle Generationen in unserem Bundesland wurden auf einer Tagung in Schwerin mit verschiedenen Politikern des Landtags diskutiert. Seitdem gab es weitere Gespräche mit führenden Politikerinnen und Politikern aus allen demokratischen Fraktionen. Die Ergebnisse spiegelten sich in den verschiedenen Wahlprogrammen wider: Auch die Landtagssitzung Anfang Juli beschäftigte sich mit diesem Thema. Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, betonte, dass es individuelle und gesellschaftliche Medienkompetenz gebe. Medienaktiv M-V benenne die Defizite der Medienkompetenz-Förderung in M-V, man habe gemeinsam Schritte verabredet, um zu einer Verbesserung zu kommen: „DIE LINKE spricht sich für Medienbildungs-Angebote aus, die allen Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, sozialer Lage und Regierung, zur Verfügung stehen.“ Patrick Dahlemann, Sprecher der SPD-

Fraktion für Jugendkultur und Soziale Netzwerke/Neue Medien, lobte eine kürzlich im NDR ausgestrahlte Radiosendung, in der sich das Netzwerk Medienaktiv M-V vorstellen und ausführlich über seine Arbeit berichten konnte. Medienaktiv M-V habe in diesem Jahr eine Reihe hochkarätiger Veranstaltungen durchgeführt und die Landespolitik mehr für die „Medienkompetenz“ sensibilisiert: „Wir wissen doch auch, dass das ein Thema sein wird, was in der künftigen Legislatur bei allen demokratischen Fraktionen verstärkt eine Rolle spielen sollte und wird.“ Ulrike Berger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagte, Medienbildung werde immer wichtiger: „Wir müssen bei der Medienbildung mit den aktuellen Entwicklungen auch Schritt halten. Und darum ist es zum Beispiel nicht besonders hilfreich, dass der ‚Rahmenplan Medienerziehung‘ in Mecklenburg-Vorpommern immerhin aus dem Jahr 2004 stammt und Auskunft darüber gibt, wie man Wandzeitungen gestaltet oder Hörfunksendungen, aber wenig zum Neuland ‚Internet‘ sagt.“

Vincent Kokert, Vorsitzender der CDU-Fraktion, führte aus, dass es gute Medienbildungs-Projekte im Land gebe, zum Beispiel die Medienscouts MV: „Ich finde das ganz genau richtig, Achtklässler auszubilden im Umgang mit modernen Medien, sie vor die Gleichaltrigen zu stellen und denen zu erklären, wo lauern die Gefahren. Wir müssen jetzt nur aufpassen, dass wir das auch so krisenfest machen, dass sie über die nächsten fünf Jahre dort eine Perspektive haben, vielleicht auch die Zuständigkeiten in einem Ressort vernünftig bündeln.“ Medienaktiv M-V wird seine medienpolitischen Forderungen weiter an die Landespolitik herantragen. Die nächste Tagung des Netzwerks findet am 5. Oktober in der Volkshochschule Rostock statt. Thema: Frühkindliche Medienbildung in M-V. Zum Medienaktiv M-V gehören das Kompetenzzentrum und Beratungsstelle für exzessive Mediennutzung und Medienabhängigkeit Schwerin der Evangelischen Suchtkrankenhilfe M-V; Suchtthemen M-V, das Landeskriminalamt M-V, die Medienanstalt M-V, der Landesdatenschutz M-V und der Landesjugendring M-V.

### Die Lebensqualität ist besser geworden

Die heute 75-Jährigen sind geistig mehr fit und glücklicher als Gleichaltrige vor 20 Jahren. Das ergibt sich aus einer Studie der Charité Berlin und weiterer Berliner Forschungseinrichtungen. Vermutlich beruht die gestiegene Lebensqualität darauf, dass die Senio-

ren heute besser ausgebildet, körperlich aktiver und daher selbstständiger sind als die Generation zuvor. Die Forscher verglichen Daten von 708 über 60-Jährigen aus den Jahren 2013 und 2014 mit Daten aus den 1990er-Jahren. ■

# Übersichtlicher und servicebetonter

## Internetauftritte für die Offenen Kanäle neu gestaltet / Sunshine live auch in Stralsund

Die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern (MMV) hat die Internetauftritte ihrer Offenen Kanäle neu gestaltet. Die sechs Websites präsentieren sich in einem frischen und modernen Design. Zeitgemäß und den technischen Standards angepasst, sind die Homepages besonders für mobile Endgeräte – Smartphones und Tablets – optimiert worden. Größere Schriften und eine Umschaltmöglichkeit zu einer Hoch-Kontrastversion ermöglichen – im Sinne der Barrierefreiheit – einem weiten Benutzer-

kreis, die Informationsangebote der Offenen Kanäle zu nutzen.

Diese Internetauftritte wurden neu gestaltet:

Rostocker Offener Kanal Fernsehen (rok-tv): [www.rok-tv.de](http://www.rok-tv.de); Fernsehen in Schwerin: [www.fernsehen-in-schwerin.de](http://www.fernsehen-in-schwerin.de); NB-Radiotreff 88,0 (Neubrandenburg): [www.nb-radiotreff.de](http://www.nb-radiotreff.de); Studio Malchin: [www.studio-malchin.de](http://www.studio-malchin.de); radio 98eins (Greifswald): [www.radio98eins.de](http://www.radio98eins.de); Medientrecker der Medienanstalt (Medien-Mobile für ganz M-V): [www.medientrecker.de](http://www.medientrecker.de)

Der Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern, das Entscheidungsgremium der Medienanstalt, beschloss, eine freie UKW-Übertragungskapazität in Stralsund der Rhein-Neckar-Odenwald-Radio GmbH & Co. (Berlin) zuzuweisen. Die private, kommerzielle Radioveranstalterin darf ihr Programm sunshine live für die Dauer von zehn Jahren verbreiten. Seit Dezember 2015 ist *sunshine live* bereits in Rostock über UKW zu hören. (Siehe auch vorigen *Seniorenkurier*.) ■

## Leistungen rechtzeitig beantragen

### BIVA: Wann werden vorab geleistete Zahlungen erstattet?

Ob Anschaffungen, Umzugskosten oder Kleidung: Mehr als 5.000 Senioren in Mecklenburg-Vorpommern sind auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen, um ihren Alltag zu bestreiten. Allerdings erhält nicht jeder von ihnen alle möglichen staatlichen Fördermittel, die ihm für Sonderausgaben zustehen. Immer wieder erreichen den Beratungsdienst der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V. Fälle, in denen vorab geleistete Zahlungen nicht erstattet werden. Der Fehler liegt meist darin, dass die Leistungen zu spät beantragt werden. Besonders teuer kann dies bei einem Umzug in ein Pflegeheim werden.

Bei Grundsicherung im Alter gilt das so genannte Antragsprinzip. Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, wenn jemand nicht genügend Geld zur Verfügung hat. Um Leistungen zu erhalten, müssen diese zusätzlich bean-

tragt werden. Zudem ist der Zeitpunkt entscheidend: Erst nachdem der Antrag bewilligt wurde, darf eine Leistung eingekauft oder in Auftrag gegeben werden. Wer die Kosten auslegt, ohne vorab einen Antrag gestellt zu haben, bekommt nichts erstattet.

Oftmals entsteht Altersarmut dann, wenn ein Pflegebedarf auftritt. Wenn ein Umzug in ein Pflegeheim notwendig wird, kann ein zu spät gestellter Antrag besonders teuer werden. Häufig wird vergessen, die Kosten für die alte, nicht sofort kündbare Wohnung zu beantragen. Solche Fälle erreichen den Beratungsdienst des gemeinnützigen Vereins immer wieder. In der Regel gehen die Ratsuchenden fälschlich davon aus, dass mit den Pflegeleistungen ‚automatisch‘ auch eine Hilfe für die doppelten Mietkosten bewilligt würde.

Die Altersgrundsicherung deckt den notwendigen Lebensunterhalt von

Menschen im Rentenalter, deren wirtschaftliche Existenz sonst nicht gesichert werden kann. Die Höhe entspricht den Hartz-IV-Bezügen im Erwerbsleben. Weitere Erläuterungen und Informationen zu staatlichen Unterstützungsleistungen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit erhalten Ratsuchende im Beratungsdienst der BIVA. Die Juristen sind montags bis freitags von 09.00 bis 12.00 Uhr und dienstags und mittwochs von 13.00 bis 15.00 Uhr unter der Telefonnummer 0228 909048-0 und jederzeit unter der E-Mail-Adresse [beratung@biva.de](mailto:beratung@biva.de) zu erreichen. Beratungen, die über eine kurze Auskunft hinausgehen, können nur gegen eine Aufwandsentschädigung von 30 Euro geleistet werden. Für Mitglieder ist die Gebühr in den 40 Euro Jahresbeitrag enthalten.

Annette Stegger  
Dr. David Kröll

**Der einzige Ort, an dem du ganz sicher bist, ist dein Kopf.**

Jacob Appelbaum, Internet-Journalist

# Calcium-Zufuhr ist im Alter häufig unzureichend

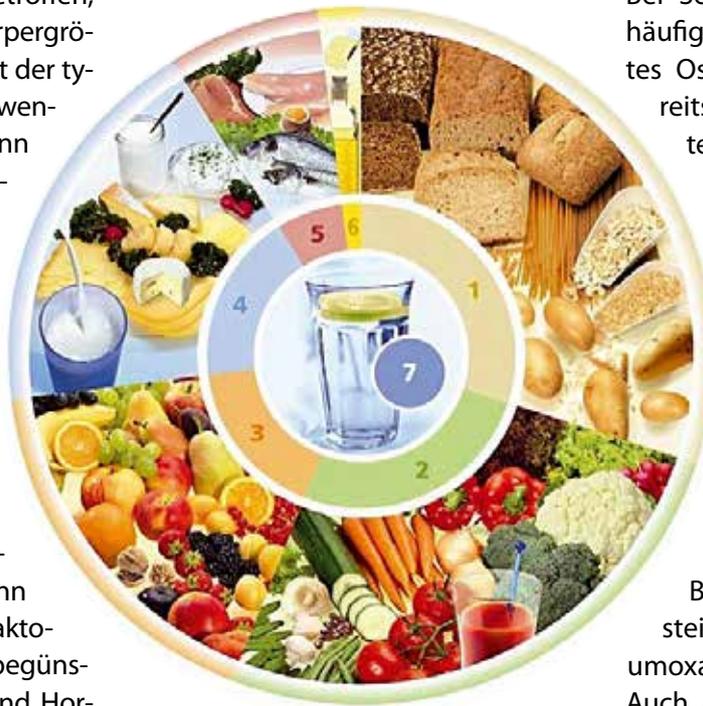
## DGE-Empfehlungen zur Ernährung bei Osteoporose – Teil 1

Bei der Osteoporose handelt es sich um eine Skeletterkrankung, bei der ein krankhaft vermehrter Abbau von Knochengewebe besteht. Die Knochen werden porös, sie verlieren allmählich an Festigkeit und Stabilität. Bereits geringe Belastungen können dann zu Brüchen führen. Besonders gefährdet sind die Wirbelsäule, das Becken und der Oberschenkelhals. Sind mehrere Wirbel in der Wirbelsäule betroffen, sinkt diese zusammen, die Körpergröße vermindert sich. Es entsteht der typische Rundrücken, auch „Witwenbuckel“ genannt. Oft treten dann diffuse chronische Rückenschmerzen auf, die bis in die Beine ausstrahlen.

Die Osteoporose gilt heute als eine der häufigsten Volkskrankheiten. Osteoporose tritt am häufigsten bei Frauen nach der Menopause auf. Mit zunehmendem Alter (über 70 Jahre) steigt die Häufigkeit der Osteoporose aber auch beim Mann deutlich an. Wichtige Risikofaktoren, die den Knochenverlust begünstigen, sind Muskelschwund und Hormonmangel, z. B. eine verminderte Östrogenproduktion nach den Wechseljahren bei der Frau. Zu den Ernährungsfaktoren zählen eine Unterversorgung mit Calcium sowie eine unzureichende Vitamin D-Versorgung. Auch Untergewicht stellt einen Risikofaktor für Osteoporose dar. Hierbei spielt die unzureichende Calciumzufuhr allerdings eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen die zu geringe Energie- und Eiweißaufnahme, die zu einem Muskel- und Knochenabbau führen. Denn es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Muskel- und Knochenmasse. So stimulieren die Muskeln durch so genannte „Zugkräfte“ am Knochen diesen dazu, die Knochenmasse zu

erhalten und aufzubauen. Werden die Muskeln weniger, nehmen auch die „Zugkräfte“ am Knochen ab. Aus diesem Grund überwiegen im Alter vielfach die Knochenabbauprozesse, da diese parallel mit einem Schwund an Muskelmasse auftreten.

In Bezug auf die Muskelmasse hat ein leichtes Übergewicht Vorteile. Die günstige Wirkung kann vor allem dar-



DGE-Ernährungskreis

auf zurückgeführt werden, dass durch ein höheres Körpergewicht in der Regel nicht allein die Fettmasse, sondern auch die Muskelmasse erhöht ist. So kann im Hinblick auf Osteoporose bei Senioren, unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Risikofaktoren wie z. B. Bluthochdruck oder Diabetes vorliegen, ein mäßiges Übergewicht von etwa drei bis fünf Kilogramm akzeptiert werden.

Wer aus medizinischen Gründen Gewicht verlieren sollte, muss beachten, keine zu radikale Kalorieneinschränkung vorzunehmen, da es durch eine zu schnelle, starke Verringerung des Gewichts zu einem Muskelabbau und

einer Abnahme der Knochendichte kommen kann. Die Kalorienzufuhr sollte bei einer Diät zum Gewichtsverlust aus diesem Grund 800 bis 1200 kcal/Woche langfristig (länger als eine Woche) nicht unterschreiten und unter ärztlicher Kontrolle durchgeführt werden.

Von großer praktischer Bedeutung ist auch die Versorgung mit Calcium. Bei Senioren ist die Calciumzufuhr häufig unzureichend. Wer ein erhöhtes Osteoporoserisiko hat oder bereits an der Krankheit leidet, sollte 1200 bis 1500 Milligramm Calcium pro Tag aufnehmen. Wenn mehr als diese Menge aufgenommen wird, hat das keine zusätzliche positive Wirkung auf den Knochenmineralgehalt. Der Überschuss wird mit dem Stuhl und Harn wieder ausgeschieden. Im Gegenteil kann eine dauerhafte Überschreitung dieser Menge die Bildung von bestimmten Harnsteinen, den so genannten Calciumoxalatsteinen, fördern.

Auch die Aufnahme von Vitamin D ist häufig zu gering. Im höheren Alter nimmt die Fähigkeit der Haut, Vitamin D zu bilden, deutlich ab und kann im Vergleich zum jüngeren Lebensalter auf weniger als die Hälfte reduziert sein. Wenn zudem weniger Zeit im Freien verbracht wird und somit die Sonnenbestrahlung der Haut eingeschränkt ist, nimmt die körpereigene Vitamin D-Bildung zusätzlich ab.

Die praktischen Ernährungsempfehlungen für Personen mit einem erhöhten Osteoporoserisiko und für die Therapie der Osteoporose folgen im zweiten Teil dieses Beitrags im nächsten Seniorenkurier.

# Sturzunfälle sind vermeidbar

Vorgestellt: Pflegestützpunkt der Hansestadt Rostock in Lütten Klein

Ein Pflegestützpunkt versteht sich als eine neutrale und kostenlose Beratungs-, Informations- und Koordinierungsstelle rund um das Thema Pflege. Die

Pflege- und Sozialberater helfen bei der Antragstellung und koordinieren alle für die Versorgung erforderlichen Unterstützungsangebote. Die Mitarbeiter ermitteln systematisch den individuellen Hilfebedarf. Bei Bedarf werden die Klienten und ihre Angehörigen vom ersten Kontakt bis zur Umsetzung der gefundenen individuellen Lösung begleitet.

In Rostock befindet sich der Pflegestützpunkt in Lütten-Klein, Warnowallee 30, sowie mit seiner Außenstelle Süd in der Joachim-Jungius-Straße 9. Dass immer mehr Menschen älter werden und ihren Lebensabend genießen können – das ist eine gute Nachricht. Aber mit zunehmendem Alter steigt auch die Gefahr, einen Unfall zu erleiden. Die Hauptursache für diese Unfälle sind Stürze. Oft wird übersehen, dass Stürze auch gravierende soziale und seelische Folgen haben. Zum Beispiel die Angst vor einem weiteren Sturz, die dazu führt, dass man sich in die eigenen vier Wände zurückzieht, wo man sich sicher und geborgen fühlt. Das ist schade, denn dieser Rückzug führt oft zu Einsamkeit und Isolation.

Ein schwerer Sturz, und plötzlich braucht das Elternteil, die Freundin, der Partner Pflege. „Wie wird sich unser Leben verändern?“ Eine schwierige Frage, die sich viele Angehörige dann stellen. Aber so weit muss es nicht kommen. Im Pflegestützpunkt Hansestadt Rostock erhalten Betroffene Hilfestellung für mehr Mobilität und Sicherheit im Alltag. Denn Sturzunfälle sind in vielen Fällen vermeidbar.

In der Pflegeberatung geben Mitarbeiter der Pflegestützpunkte Informa-



tionen und suchen gemeinsam mit Betroffenen und deren Angehörigen nach praktikablen Lösungsansätzen. Oft reichen die Gespräche im Pflegestützpunkt nicht aus. Die Mitarbeiter des Pflegestützpunktes kommen auf Wunsch auch nach Hause. So kön-



*Petra Kirsten (links) und Sigrid Schomacker vom Pflegestützpunkt Rostock*

nen dann individuelle Lösungen im Abgleich mit den Beschwerden und dem häuslichen Umfeld angeboten werden. Unsere Berater schauen, welche Sturz- und Stolperfallen im und am Haus vorliegen und behoben werden können, geben Hinweise auf geeignete Hilfsmittel. Oft reduziert das richtige Schuhwerk im Alltag das Sturzrisiko. Schon die richtige Be-

leuchtung von Gehwegen, Hauseingängen und Treppen bietet Orientierung, ebenso tun das gedämpfte Licht oder Bewegungsmelder im Haus.

Inhalt einer Pflegeberatung kann auch die wohnumfeldverbessernde Maßnahme sein. Hierunter versteht man die barrierefreie Gestaltung der Wohnung, des Hauses oder einzelner Räume nach § 40 Abs. 4 des Elften Sozialgesetzbuches. Dadurch soll der Pflegebedürftige seinen Alltag möglichst selbstständig erleben können und die pflegenden Angehörigen entlastet werden. Voraussetzung für die Beteiligung der Pflegekasse an den Kosten ist mindestens eine Pflegestufe. Die Pflegekasse kann sich mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 4000 Euro beteiligen.

Die Pflegeberatung legt viel Wert auf die Ursachen möglicher Stürze. Zu nennen sind unter anderen der jährliche Gang zum Augenarzt, die Behandlung von Diabetes sowie die Behandlung des Blutdrucks. Einige Medikamente sowie Mittel zur Selbstmedikation erhöhen die Sturzgefährdung. Hierzu zählen Schlafmittel, Beruhigungsmittel, blutdrucksenkende Mittel sowie Antidepressiva. Eine Abklärung hinsichtlich einer Reduzierung von Medikamenten muss über den Arzt geschehen.

Balance und Kraft sind für das sichere Gehen sehr wichtig. Nachlassende Stehfähigkeit und Muskelkraft fördern Unfälle durch Stürze. Die allgemeine Stärkung der Muskelkraft wirkt dem entgegen.

Die Mitarbeiter des Pflegestützpunktes machen Angebote zur Sturzprävention und Bewegung. In den Seniorenbegegnungsstätten sowie Stadtteil- und Begegnungszentren der Hansestadt Rostock finden Interessierte nicht nur Sportangebote, sondern auch Gleich-

gesinnte, die Spaß an der sportlichen Bewegung haben. Um einem Muskelabbau entgegenzuwirken, empfehlen Experten eine ausgewogene Ernährung. Eine ausreichende Trinkmenge stärkt nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die körperliche Belastbarkeit.

Pflegestützpunkt Hansestadt Rostock: Warnowallee 30, 18107 Lütten-Klein, Tel.: Pflegeberater(in) 0381 381-1507; Sozialberater(in) 0381 381-1508. Außenstelle Süd: Joachim-Jungius-Straße 9, 18059 Rostock, Tel.: Pflegeberater(in) 0381 381-1506, Sozialberater(in) 0381 381-1509. Öff-

nungszeiten für beide Einrichtungen: dienstags 9 bis 12 und 13.30 bis 17.30 Uhr, donnerstags 9 bis 12 und 13.30 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung, auf Wunsch auch zu Hause. E-Mail: Pflegestuetzpunkt@Rostock.de; Internet: www.pflegestuetzpunkteMV.de ■

## Welches Wasser ist geeignet?

„Tafelwasser“ klingt edel, doch dahinter steckt kein Naturprodukt. Im Gegensatz zu Mineralwasser wird Tafelwasser aus Trink- oder Mineralwasser und weiteren Zutaten wie Kochsalz oder Natursole zusammengemischt. Damit lässt sich ein „maßgeschneidertes Wasser“ herstellen. Häufig verwenden Hersteller zusätzlich Fantasienamen, um ihr Produkt zu vermarkten. Als Durstlöscher ist Tafelwasser wie jedes Wasser gut geeignet. Wer Wert auf ein naturbelassenes Produkt legt, trifft mit Mineral- oder Quellwasser die bessere Wahl.

### Das steckt im Tafelwasser drin:

Die Herstellung von Tafelwasser ist in der Mineral- und Tafelwasserverordnung geregelt. Demnach dürfen folgende Zutaten verwendet werden:

- Mineralwasser
- Leitungswasser
- Natürliches, salzreiches Wasser (Natursole) oder durch Wasserentzug im Gehalt an Salzen angereichertes natürliches Mineralwasser
- Meerwasser
- Natriumchlorid (Kochsalz)
- Magnesiumchlorid

Die Zutaten müssen in der Zutatenliste aufgeführt werden. Überschreitet Tafelwasser einen bestimmten Gehalt an Kohlensäure, kann es auch als „Sodawasser“ bezeichnet werden.

**verbraucherzentrale**  
*Mecklenburg-Vorpommern*

In Bezug auf Rückstände und Schadstoffe gelten die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung. Tafelwasser muss frei von Krankheitserregern sein.

### Höhere Anforderungen an Mineral- und Quellwasser

Die Vorschriften für natürliches Mineralwasser sind wesentlich strenger. Es muss aus unterirdischen, vor Verunreinigungen geschützten Quellen stammen. Diese müssen amtlich zugelassen und überwacht werden. Bevor das Wasser direkt an der Quelle abgefüllt wird, sind nur wenige Behandlungsschritte erlaubt. Beispielsweise dürfen Hersteller Eisen und Schwefel herausfiltern oder Kohlensäure entziehen oder zusetzen. Weitere Stoffe dürfen nicht zugefügt werden. Zudem muss Mineralwasser einen typischen Gehalt an Mineralien oder Spurenelementen haben, der sich im Laufe der Zeit nicht wesentlich ändert. Mineralwasser, das diese Anforderungen erfüllt, steht unter der Bezeichnung „natürliches Mineralwasser“ in den Regalen. Im Restaurant muss Mineralwasser übrigens in der Flasche serviert werden.

Quellwasser muss ebenfalls aus unterirdischen Quellen gewonnen werden. Die Anforderungen sind nicht ganz so streng wie bei Mineralwasser, beispielsweise benötigt die Quelle keine amtliche Zulassung. Es dürfen – wie bei Mineralwasser – außer Kohlensäure keine weiteren Stoffe zugefügt werden.

### Trinkwasser: die preiswerte Alternative

Trinkwasser aus der Leitung ist eine gute Alternative zum Durstlöschen. In Deutschland wird es überwiegend aus Grundwasser, Oberflächenwasser und Quellwasser gewonnen und streng kontrolliert. Die Qualitätsanforderungen an Trinkwasser sind sehr hoch und in der Trinkwasserverordnung geregelt. So muss Trinkwasser genusstauglich, rein und gesundheitlich unbedenklich sein. Für Krankheitskeime, Pestizidrückstände und andere chemische Stoffe wie Nitrat sind gesetzliche Höchstmengen festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen.

Leitungswasser ist auch aus Umweltgründen zu empfehlen. Da lange Transportwege und Verpackungen entfallen, wird weniger Kohlendioxid produziert und das Klima geschützt. Die Stiftung Warentest hat in der Augustausgabe 2016 einen großen Wasser-Check „Leitungs- gegen Mineralwasser“ und einen Mineralwassertest veröffentlicht. ■

***In der Politik ist der Weg nach oben eine Treppe, nach unten aber eine Falltür.***

*Dushan Wegner, Philosoph, Politikberater und Autor (geb. 1974 in Tschechien)*

# Tatsächliche Bedingungen spiegeln sich wider

Ausgewählte Erkenntnisse aus der Untersuchung des Dunkelfelds der Kriminalität in M-V

Bisher sind Aussagen zur Kriminalität, zu ihrem Ausmaß und zu ihrer Entwicklung überwiegend auf der Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) getroffen worden. Die Aussagekraft dieser Statistik wird jedoch dadurch eingeschränkt, dass nur die Straftaten dargestellt werden können, die auch der Polizei z. B. durch eine Anzeige oder durch eigene Feststellungen bekannt geworden sind.

Um das Wissen über die Kriminalität zu ergänzen, wurde 2014 vom Ministerium für Inneres und Sport der Auftrag für eine Dunkelfelduntersuchung erteilt. Die wissenschaftliche Studie haben im Rahmen eines gemeinsamen Projekts das Landeskriminalamt, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege M-V und die Universität Greifswald, Institut für Psychologie durchgeführt. Repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger des Landes M-V wurden befragt.

Das Ziel war, durch die Untersuchung eine verbesserte Aussage zum tatsächlichen Kriminalitätsaufkommen in M-V zu erhalten und Erkenntnisse zu gewinnen, wie die Bevölkerung unseres Landes Kriminalität wahrnimmt.

Wie ist die Altersgruppe 60+ betroffen und wie bewertet sie die Sachverhalte? Zunächst soll untersucht werden, ob das Anzeigeverhalten vom Lebensalter beeinflusst wird. Im Unterschied zu anderen Untersuchungen in Deutschland ergibt sich für M-V, dass Menschen über 60 Jahre eher eine Anzeige erstatten als jüngere.

Zu vielen Delikten liegt eine geringe Anzeigebereitschaft vor. Die Gründe variieren dabei von Delikt zu Delikt, wobei überwiegend geringe Aufklärungsaussichten über alle Altersgruppen hinweg benannt werden. Im Un-



Peter Balschmitter

terschied zu jüngeren Menschen, die zudem häufig den Grund angeben, dass das Delikt als nicht schwer empfunden wurde, wird dieser Grund bei den Menschen über 60 Jahre weniger genannt. Das könnte darauf hinweisen, dass sich ältere Menschen auch durch einfachere Straftaten stärker bedroht fühlen. Weiterhin ist festzustellen, dass jüngere Menschen häufiger den Grund angeben, eine bestimmte Handlung gar nicht als Straftat erkannt zu haben. Auch dieser Grund wird von den älteren Menschen kaum noch genannt. Mit der zunehmenden Lebenserfahrung hat

sich offensichtlich auch das Rechtsempfinden gestärkt.

Das Sicherheitsempfinden am Tage ist als sehr hoch zu bezeichnen. Es entspricht den Ergebnissen auch anderer Untersuchungen in Deutschland, etwa in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Schon hier ist festzustellen, dass am Tage junge Menschen zwischen 16 und 21 Jahren sowie die Menschen ab 80 Jahren sich am wenigsten sicher fühlen. Bei Dunkelheit ist das Sicherheitsempfinden deutlich geringer ausgeprägt als am Tage. Auch hier sind es eher jüngere Menschen und dann Menschen ab 70 Jahren, die sich verstärkt unsicher fühlen. Im Vergleich zu anderen Untersuchungen ist die Furcht in M-V bei Dunkelheit stärker ausgeprägt.

Aufklärung und die polizeiliche Prävention sind weiterhin wesentliche Aufgabenfelder der Polizei, aber auch im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Konkret bedeutet das, z. B. den Landespräventionsrat und die entsprechenden Ebenen in den Kreisen und Städten zu stärken und die Möglichkeiten der polizeilichen Prävention durch eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung mindestens aufrecht zu erhalten.

Senioren sind, wie die anderen Altersgruppen auch, besonders Angriffen aus dem Internet ausgesetzt. Hier gilt es, im Rahmen der polizeilichen Prävention einen Schwerpunkt zu setzen. Dasselbe gilt für die Delikte des Betrugs, die besonders auf ältere Menschen ausgerichtet sind, wie der Einzeltrickbetrug oder Gewinnspielversprechen.

Seit 2014 wurden im Rahmen eines vom Landeskriminalamt initiierten Projekts aus den Reihen pensionierter Polizeibeamter Menschen gewonnen, die als Seniorensicherheitsbe-

Projekt Seniorensicherheits-  
berater wird finanziert durch:  
**PROVINZIAL**



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

Fortsetzung auf Seite 24

*„Hier fühl'n wir uns  
zu Hause ...“*

Vitanas



*... denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und  
die Nachbarn sind auch noch nett!“*

### Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen  
mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel  
können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für  
Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in  
die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer  
herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie



**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**

Am Tierpark 6  
17373 Ueckermünde

☎ (039771) 201 - 0

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**

Neustrelitzer Straße 40  
17033 Neubrandenburg

☎ (0395) 563 98 - 0

[www.vitanas.de](http://www.vitanas.de)

Fortsetzung von Seite 22

rater tätig sind. Diese haben gerade auch diese genannten Themen als Schwerpunkte ihrer Tätigkeit erkannt, beraten in den verschiedensten Einrichtungen Senioren über die aktuellen Formen der Kriminalität und geben dazu Empfehlungen, wie man sich schützen kann.

Im Zusammenhang mit betrügerischen Anrufen, sei es als vermeintliche Verwandte oder weil ein Gewinn in Aussicht gestellt wurde, spielt die eigene Familie eine wichtige Rolle. Angehörige können verhindern, dass allzu leichtgläubig Geld an fremde Personen übergeben oder überwiesen wird. Angehörige sollten mit den Senioren sprechen und auch aus ihrer Sicht auf die Gefahren aufmerksam

machen und bereits im Vorfeld Verhaltensweisen verabreden. So kann z. B. vereinbart werden, dass bei unklaren Anrufen grundsätzlich ein Rückruf bei den Kindern vereinbart wird. Weiterhin können Banken die Vollendung von Straftaten verhindern, indem sie bei verdächtigen Finanztransaktionen nachfragen und einen Kunden, der eine solche Transaktion beabsichtigt, konkret ansprechen. Die Mitarbeiter von Banken sind diesbezüglich informiert und haben in der Vergangenheit auch schon einige Geldüberweisungen im Zusammenhang mit derartigen Straftaten verhindern können. Senioren sollten daher Vertrauen in die Bankmitarbeiter haben und bei entsprechenden Hinweisen diese auch nutzen. Wichtig ist, auch bei Betrugsversu-

chen die Polizei zu informieren und eine Anzeige zu erstatten. Aus der Fülle der Hinweise können Informationen abgeleitet werden, die zur Ermittlung der Täter führen könne. Wichtig ist eine schnelle Information der Polizei. So besteht die Möglichkeit, die Täter noch vor Ort zu stellen. Den vollständigen Beitrag zur Dunkelfeldstudie und ihren Ergebnissen, der exklusiv für den Seniorenkurier verfasst wurde, lesen Sie auf unserer Homepage [www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

*Peter Balschmitter  
Leiter des Fachbereichs  
Polizei an der Fachhochschule  
für öffentliche Verwaltung,  
Polizei und Rechtspflege M-V  
und Projektleiter der  
Dunkelfelduntersuchung M-V*

## Masern brechen immer wieder aus

**Lebenslanges Impfen und Aufklärung sind unerlässlich für den Schutz der Gesundheit**

Was haben viele Deutsche mit ihren Smartphones gemeinsam? Beiden fehlt ein aktueller Schutz vor schädlichen Erregern. Ebenso wie der Virenschutz der mobilen Endgeräte wird das regelmäßige „Update“ des Impfschutzes vernachlässigt. Jeder Vierte unterschätzt das Krankheitsbild einer so genannten impfpräventablen Erkrankung, beispielsweise Masern. Diese niedrige Risikoeinschätzung hat Folgen. So kommt es in Deutschland nach wie vor zu Masernausbrüchen, da die angestrebte Impfquote von 95 Prozent für eine notwendige Herdenimmunität nicht erreicht wird. Das Ziel der World Health Organization (WHO, Weltgesundheitsorganisation), die Masern in Europa bis 2015 zu eliminieren, zu dem sich auch Deutschland verpflichtet hat, ist damit verfehlt. Obwohl die Impfquoten bei den Schuleingangsuntersuchungen in den letzten Jahren gestiegen sind und Mecklenburg-Vorpommern zu den Vorreitern in Deutschland

gehört (siehe auch Seite 12) erhalten immer noch zu wenig Kinder die zweite Impfdosis und sind somit unzureichend geschützt.

Deutlich geringer sind die Impfquoten bei den Erwachsenen: Nach den Ergebnissen der DEGS-Studie (Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland) des Robert Koch-Instituts sind nur 38 Prozent der 18- bis 65-Jährigen einmal gegen Masern geimpft. Viele der Befragten (81 Prozent) wissen nicht, dass die Impfung gegen Masern generell für alle Erwachsenen empfohlen ist, die nach 1970 geboren wurden.

Um die älter werdende Bevölkerung in Zukunft gesund und eigenständig zu erhalten, erklärte das Bundesministerium für Gesundheit im Jahr 2012 „Gesund älter werden“ zum nationalen Gesundheitsziel. Eine Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ergab, dass etwa jeder Dritte in der Vergangenheit eine Impfung verpasste oder

vergaß. Viele Menschen unterschätzen zudem die Gefahren von Krankheiten. Knapp die Hälfte der Befragten, die in den letzten Jahren auf eine Impfung verzichteten, begründeten dies damit, dass sie die Krankheit als nicht besonders schwer einschätzten. So ist in manchen Pflegeeinrichtungen ein Großteil der Bewohner und Pflegekräfte nicht gegen Grippe (Influenza) geimpft, obwohl Grippeausbrüche häufig in Heimen auftreten und zu schweren klinischen Verläufen sowie Todesfällen führen können. Bewohner und Personal sind daher eine wichtige Zielgruppe für die Grippeimpfung, die als Standardimpfung für Menschen ab 60 Jahren und u. a. für das Personal von Pflegeeinrichtungen empfohlen ist.

Um Impfquoten zu steigern und vor allem ältere Menschen vor schweren Infektionskrankheiten schützen zu können, ist Impfaufklärung auch in Zukunft unerlässlich, sei es durch Krankenkassen oder Ärzte. Darüber

hinaus kann jeder selbst dazu beitragen, den Arzt seines Vertrauens auf empfohlene Impfungen anzusprechen und so die Chancen für einen altersgerechten Impfschutz zu nutzen. Ein altersgemäßer Impfschutz sollte ein lebenslanger Begleiter sein. Denn mit zunehmendem Alter verändert sich auch das Immunsystem. Die körpereigene Abwehr nimmt ab, wodurch das Risiko für bestimmte Infektionskrankheiten steigt. Dabei kommt es teilweise auch zu schwereren und bedrohlicheren Verlaufsförmern, wie z. B. bei Influenza, von Pneumokokken verursachter Lungenentzündung und Gürtelrose (Zoster). Aus diesem Grund ist die Vorbeugung im Alter das A und O.

Die Ständige Impfkommission (STIKO) empfiehlt für Menschen ab 60 Jahren die jährliche Influenza-Schutzimpfung, eine in der Regel einmalige Impfung gegen Pneumokokken, sowie alle zehn Jahre eine Auffrischung gegen Tetanus (Wundstarrkrampf) und Diphtherie. Der nächste Termin für eine Tetanus-Diphtherie-Impfung sollte laut STIKO dazu genutzt werden, auch einmalig den Impfschutz vor Pertussis (Keuchhusten) aufzufrischen. Die aktuell sehr niedrige Pertussis-Impfrate von 34,5 Prozent aller Erwachsenen in Deutschland zeigt noch erheblichen Nachholbedarf. Für alle Menschen, die sich vorübergehend oder dauerhaft in einem Risikogebiet aufhalten, ist eine Impfung gegen Hepatitis A und B sowie Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) empfohlen. Zusätzlich empfehlen verschiedene Bundesländer die Impfung zur Vorbeugung von Gürtelrose (Zoster) – und den chronischen Nervenschmerzen als deren häufigste Begleiterscheinung – für alle Personen ab 50 Jahren.

Die Influenza gilt als potenziell folgenschwere Infektionserkrankung. Sie wird durch Tröpfchen, z. B. beim Niesen oder Husten, aber auch über die Hände übertragen. Die STIKO empfiehlt eine jährliche Impfung im Herbst für alle Personen ab 60 Jahren.

Die Impfung sollte vor Beginn der Grippezeit erfolgen. Da die große Krankheitswelle meist erst nach dem Jahreswechsel auftritt, kann auch eine Impfung im Dezember oder Januar noch sinnvoll sein. Bis ein wirksamer Influenza-Impfschutz aufgebaut ist, dauert es etwa zwei Wochen. Die 2013 erhobene Impfrate ist deutschlandweit mit 63,8 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen noch zu gering. Das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO), eine Impfquote von 75 Prozent bei älteren Personen und chronisch Kranken zu erreichen, wurde demnach verfehlt. Die Influenza-Impfung gehört zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen und wird für alle Versicherten ab 60 Jahren und chronisch Kranke erstattet.

Pneumokokken besiedeln die Schleimhaut des Nasen- und Rachenraums und lösen dort Infektionen aus. Die Bakterien können zu Atemwegserkrankungen führen, die bei älteren Menschen sehr schwer und manchmal sogar tödlich verlaufen können. Eine Ansteckung erfolgt vor allem durch den direkten Kontakt mit Kindern und durch Kontakt mit Personen mit Kindern. Die STIKO empfiehlt die Standardimpfung gegen Pneumokokken einmalig für Personen ab 60 Jahren und für Menschen (auch jüngeren Alters) mit erhöhter gesundheitlicher Gefährdung in Folge einer Grunderkrankung. Die aktuelle Pneumokokkenimpfrate beträgt in Deutschland bei den 65- bis 79-Jährigen lediglich 31,4 Prozent. Zum Vergleich: In den USA sind hingegen 59,7 Prozent der über 65-Jährigen geimpft. Die Impfung gegen Pneumokokken wird von allen Krankenkassen als Pflichtleistung für alle Personen ab 60 Jahren und chronisch Kranke erstattet.

In Deutschland hatten etwa 99 Prozent der über 40-Jährigen im Laufe ihres Lebens Kontakt mit dem Erreger der Windpocken, dem Varicella-Zoster-Virus. Die Viren können in einer Art Ruhezustand über Jahrzehnte im Körper bleiben. Es kann jederzeit zu einer Reaktivierung dieser Viren kommen, die

dann eine Gürtelrose verursachen. Die häufigste Begleiterscheinung einer Gürtelrose sind die teilweise unerträglichen Schmerzen. Eine Impfung kann Gürtelrose sowie chronischen Nervenschmerzen in Folge einer Gürtelrose vorbeugen. Ab 50 Jahren steigt die Anzahl an Neuerkrankungen um mehr als das Doppelte. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Brandenburg empfehlen die Impfung gegen Gürtelrose für alle Personen ab 50 Jahren. Ungefähr 30 Krankenkassen erstatten die Impfung bereits als freiwillige Satzungsleistung.

Um auch im Alter den eigenen Impfstatus nicht aus den Augen zu verlieren, sollte der Impfausweis bei jedem Arzttermin dabei sein. Falls noch keiner ausgestellt wurde oder dieser verloren ging, kann der Hausarzt jederzeit einen neuen ausstellen. Der Impfausweis ist ein wichtiges Dokument und sollte zusammen mit den anderen Gesundheitsunterlagen aufbewahrt werden. Da der Grundsatz gilt: „Eine nicht dokumentierte Impfung ist nicht erfolgt“, sollten im Zweifelsfall entsprechende Impfungen nachgeholt werden. Eine regelmäßige Möglichkeit zur Überprüfung des Impfschutzes ist beispielsweise der Check-up 35 alle zwei Jahre. Bisher nehmen jedoch nur etwa 50 Prozent aller Erwachsenen diese Chance wahr. Mögliche Kosten oder ein verlorener Impfausweis sollten nicht als Gründe dienen, wichtige Präventionsmaßnahmen im Alter auszulassen. Vielmehr muss der altersgerechte Impfschutz eine bedeutendere Rolle einnehmen, um das nationale Gesundheitsziel „Gesund älter werden“ zu unterstützen. Durch die stetig steigende Lebenserwartung und die niedrig bleibende Geburtenrate wird sich die Gesundheitsversorgung in Deutschland nachhaltig verändern. Eine gesunde und vitale ältere Bevölkerung wird somit immer wichtiger.

*Dr. Jörg Pieper  
Regional-Manager Policy Affairs  
Sanofi Pasteur MSD GmbH*

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Beiratsthema: Altersarmut vermeiden

In seinem *Info-Blatt* 3/2016 informiert der Seniorenbeirat Neubrandenburg über seine letzte Beiratssitzung vor der Sommerpause. Das Thema „Lebensstandard im Alter sichern und Altersarmut vermeiden“ wurde abgehandelt von Gerd Luttkus vom Betrieblichen Beratungsteam und von Gerhard Nimmer vom Seniorenbeirat. In der Zusammenfassung heißt es: Die Alternative, Altersarmut zu vermeiden, wäre, die alte Rentenformel wiederherzustellen und das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. In der nächsten Generation sollten alle Einkommen in die gesetzliche Rente einbezogen wer-

den – auch die der Beamten, Selbstständigen und Abgeordneten. Die Beitragsbemessungsgrenzen müssten aufgehoben werden, so dass Beiträge auch von höheren Einkommen zu zahlen seien. Bei Spitzenverdienern müsse der Rentenanstieg abgeflacht werden; bestehen bleiben könnten die Sonderversorgungssysteme und auch die private Vorsorge. Weiterhin, so wurde herausgearbeitet, gehe es u. a. um eine bessere Rente für erwerbseingeschränkte Menschen, die Finanzierung von Erziehungszeiten in Ost und West aus Steuermitteln, die Wiedereinführung der abschlagsfreien Rente nach 40 Versicherungsjahren,

spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres, die Rücknahme der Kürzungsfaktoren bei der Rentenberechnung, die Abschaffung der privaten Riester-Rente und den Wegfall der Besteuerung der Altersrente.

Als neue Beiratsmitglieder wurden Elke Kauffmann vom DRK und Helmut Waermeling begrüßt. Das Reparatur-Café ist seit Mai jeden Freitag von 14 bis 17 Uhr im Stadtteilbüro der Oststadt, Juri-Gagarin-Ring 2, zu finden. Geburtstag feierten im Juli und August Hans Asmus, Wolfgang Richter, Isolde Runge, Friedrich-W. Lange, Michael Ave-Lallemant und Werner Meyer. ■

## Dritte Senioren-Messe war ein Erfolg für Veranstalter und Besucher

Die dritte Senioren-Messe mit 32 Ausstellern in der Vier-Tore-Stadt am Tollenseesee am 14. Juni im sanierten „Haus der Kultur und Bildung“ (HKB) wurde vom Landrat Heiko Kärger und dem Geschäftsführer der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES), Frank Benischke, eröffnet. Der Modern-Senior-Chor Mecklenburg unter Regie von Peter Bauer trat auf.

Während der siebenstündigen Öffnungszeit strömten über 1150 Besucher, auch mit Gehhilfen, Rollatoren und Rollstühlen, in den großen und übersichtlich gestalteten Saal, um zu sehen und zu hören, was für die Seniorinnen und Senioren, mit und ohne Behinderung, angeboten wird.

Die NEUWOGES als größter Vermieter informierte über altersgerechte Wohnungsangebote und wohnbegleitende Dienstleistungen. Die BAU-REGIE GmbH gab Hinweise zur seniorengerechten Wohnraumanpassung. Mehrere Aussteller wie Amplifon, Behindertenverband, Caritas, Diakoniewerk, DRK, Hörbiko, Medicare und Sanitäts-haus Wendt berieten die Besucher zur



Standbetreuer auf der Messe (v. l. n. r.): Peter Lundershausen, Peter Piletzki, Eckhard Gründer und Horst Ungelenk

Foto: Rottenau

Gesundheitspflege, zu Hilfsmitteln und Hilfen. Der Kreissenorenbeirat mit dem Töropiner Forum und der Seniorenbeirat Neubrandenburg nutzen die Senioren-Messe, sich vorzustellen und den Seniorenwegweiser rund 300 Mal auszuhändigen. Weitere Themen waren „Senioren im Internet“, „Mobilität im Alter“, „Senioren-Technik-Botschafter“ und das Bürgerhaus Demminer Land. Die sieben Betreuer

der Stände von Kreis- und kommunalem Seniorenbeirat, Hans Asmus, Helga Emmaus, Eckhard Gründer, Peter Lundershausen (Vorsitzender des Neubrandenburger Seniorenbeirats), Peter Piletzki (stellvertretender Vorsitzender des Kreissenorenbeirats), Wolfgang Richter und Horst Ungelenk brauchten sich über mangelnde Arbeit nicht zu beklagen. Ein ständiges Kommen und Gehen war zu verzeichnen. ■

Vertreten waren auch die AOK Gesundheitskasse, der Biomarkt Kruse, der Galeria Kaufhof, der Pflegestützpunkt, die Stadtwerke, die Privatklinik Vogt, das reha team ostseeküste, die Scheele-Apotheke, das Team vom Mehrgenerationenhaus, die Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle und die Verbraucherzentrale. Vom Betreuungsverein – Verein für Erwachsenenhilfe wurde der Fachvortrag „Schon heute richtig vorsorgen – Informatio-



nen zur Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“ gehalten. Fazit: Die Senioren-Messe hat gezeigt, dass das Bedürfnis über aktuelle Informationen zu den umfangreichen Bereichen vorhanden ist. Deshalb wurde bereits unmittelbar danach mit der Vorbereitung der vierten Senioren-Messe begonnen. Sie wird am 13. Juni 2017 wieder im HKB am Marktplatz stattfinden.

*Erich Rottenau*

*Mitglied des Kreissenorenbeirats*

## Informationen, auf die man schnell zugreifen kann

Der Kreissenorenbeirat hat gemeinsam mit dem Mediaprint Infoverlag „total-lokal“ einen aktualisierten Seniorenenwegweiser herausgegeben; Titel: „Älter werden im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte“. Auf 64 Seiten öffnet sich eine „kompakte und aktuelle Sammlung des sozialen Netzes des Landkreises“, wie der Vorsitzende des Kreissenorenbeirats, Prof. Dr. Dr. Helmut G. Pratzel, in seinem Vorwort

betont. Organisationen, Firmen, Versicherungen, Verbände und Verwaltungen stellen sich vor und geben Einblick in das eigene Angebot für ältere Menschen. Wie wohnen Ältere, was sind Mehrgenerationenhäuser, was sind Pflegewohnheime, wie erfolgt die Betreuung im Alter, was wird angeboten, wenn Demenz und Krankheit eintreten, wer kümmert sich um die ambulante Versorgung – Informa-

tionen, auf die man im Notfall schnell zugreifen kann.

Da das finanzielle Leistungsangebot von Kranken- und Pflegekassen sehr kompliziert geworden sei, verschaffen – so Prof. Pratzel – ausführliche Texte hierzu den notwendigen Einblick. Ebenso wichtig sind die Hinweise für Verfügungen und Vollmachten, wenn eigene Entscheidungen nicht mehr möglich sind. *ric*

## Weiter auf dem Weg in die „Zukunftsstadt“

Das Amt Peenetal/Loitz geht nun in die 2. Phase des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ und wird dabei durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Als eine von 20 Kommunen vertritt das Amt zugleich unser Bundesland. Ihre Zukunftsvision hatten die Bürgerinnen und Bürger in einem mehrmonatigen Kreativprozess und auf zwei Zukunftswerkstätten innerhalb der ersten Projektphase erarbeitet. Das Projekt wurde dabei durch das Team um Prof. Peter Dehne von der Hochschule Neubrandenburg wissenschaftlich und von der Tageszeitung Nordkurier medial begleitet.

Im Kern der erarbeiteten Vision stehen die Weiterentwicklung der Stadt Loitz und der Dörfer und Gemeinden sowie die Kommunikation. Mit dem generationengerechten Quartier und einem urbanen Wohnen am Speicher sollen neue Formen des Wohnens, des Handels und der Arbeit in Loitz entstehen.

Mobilitätszentralen und multifunktionale Häuser sind die Schlüsselprojekte in den Dörfern. Daneben sind auch die Verwirklichung vieler kleiner Projektideen, wie etwa der Dorfge(h)dankeweg, Bestandteile der Zukunftsvision. Und es gilt, zukunftsfähige Kommunikationswege nach innen und außen zu erschließen. Dies ist eng verbunden mit einer Aufmerksamkeits- und Marketingstrategie und der Fortsetzung des Diskussions- und Lernprozesses im Amt. Aufgaben für die zweite Projektphase sind nun, u. a. das Leitbild und die Projektideen gemeinschaftlich weiter zu entwickeln, Schlüsselprojekte auf ihre Machbarkeit zu überprüfen, auf das Amt Peenetal/Loitz weiter aufmerksam zu machen und das Aufbruchsklima zu bewahren, zu unterstützen und zu stärken. Bundesforschungsministerin Johanna Wanka beglückwünschte die Teilnehmer: „Schon in seiner ersten Phase hat der Wettbewerb ‚Zukunftsstadt‘ vie-

le Impulse für Veränderungen gesetzt. In den 51 teilnehmenden Kommunen wurden seit 2015 viele gute Ideen geboren: beispielsweise, wie Verkehrswege in Parkanlagen und Gemeinschaftsorte umgewandelt werden könnten; es sind neue Nachbarschaftskonzepte und Ideen für ein lebendigeres Stadtleben entstanden oder Gebäudekonzepte, die aus Abwasser klimafreundliche Energie gewinnen. Mit unserem Wettbewerb bringen wir die kreativen Ideen aus der Forschung mit den lokalen Bedürfnissen in den Städten zusammen. Ich bin mir sicher, dass die Städte, die sich nun für die zweite Runde qualifiziert haben, diesen Weg mit viel Elan und Kreativität weiter verfolgen werden.“

Die überzeugendsten Visionen werden nun in der aktuellen zweiten Phase des Wettbewerbs zu Plänen ausgearbeitet, die ab 2018 realisiert werden können. Die Kommunen erhalten dafür jeweils bis zu 200.000 Euro. ■

# LANDKREIS ROSTOCK

## Krakower Aktivitäten vor der Sommerpause

Im Mai standen für den Seniorenbeirat der Stadt Krakow, besonders für den Vorstand, weitreichende Inhalte auf der Tagesordnung. Wir befassten uns mit den Beschlüssen des 9. Altenparlaments und leiteten daraus für unsere Arbeit Schlussfolgerungen und Aufgaben ab. Das Altenparlament fasste zwei bedeutende Beschlüsse: „Wohnen im Alter“ und „Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum“. Unsere Schlussfolgerungen daraus sind, der Stadtvertretung u. a. eine Projektidee „Gemeinschaftliches Wohnen“ für die Schul- und Fischerstraße vorzulegen. Was die soziale Infrastruktur betrifft, wirken wir gemeinsam mit dem Amt für die Schaffung einer Anlaufstelle für alle Generationen.

Am 17. Mai trafen sich nochmals die Mitglieder des Bau- und Wirtschaftsausschusses sowie Vertreter beider Kirchgemeinden und des Seniorenbeirats auf dem kirchlichen Friedhof zur Abstimmung des Standorts für den Neubau der Trauerhalle. Jetzt müssen die Stadtvertreter einen Beschluss fassen, der im Interesse aller Menschen liegt. Der Beirat hat alles Erdenkliche getan, die Stadtvertretung in Vorbereitung der Beschlussfassung umfassend zu informieren.

Der 25. Mai war ein kleiner Höhepunkt für unsere seniorenfreundliche Stadt. Eineinhalb Jahre nach der Auszeichnung unserer Kommune durch das Sozialministerium und des Landesseniorenbeirats überzeugte sich eine Delegation aus dem Ministerium davon, dass die Stadt 2014 zu Recht ausgezeichnet worden war. Dieser Tag war ein Höhepunkt und wir danken allen, die unsere Stadt und Einrichtungen präsentierten.

Auch im Juni gab es wichtige Termine und Aufgaben. Bereits der Kindertag am 1. Juni war ein Höhepunkt. Gemeinsam gestalteten wir mit den Lehrern der Schule Krakow am See,



*Begrüßung der Gäste aus dem Sozialministerium auf dem Krakower Markt*



*gemeinsamer Ausflug am Kindertag*

Lalendorf und Langhagen, Mitgliedern des Wolhynier-Museums sowie Frau Lorenz und Frau Nehls aus dem Amt diesen Höhepunkt. Weitere Helfer trugen dazu bei, den Mädchen und Jungen einen nachhaltigen Tag zu gestalten.

Das Team um Frau Niendorf im Betreuten Wohnen der Volkssolidarität „Waldesblick“ führte am 3. Juni das Sommerfest durch. Vorstandsmitglieder konnten sich davon überzeugen, dass das Team alles Erdenkliche in hoher Qualität für die Bewohner gestaltete. Einen Tag später erlebten nicht nur die Senioren ein gut orga-

nisiertes und reichhaltiges Angebot zum Stadtfest. Der Vorstand des Seniorenbeirats dankt den ehrenamtlichen Organisatoren, voran Frau Sandra Schütz, für den tollen Tag.

Die alljährliche Landpartie führte uns am 22. Juni zum Forstamt Sandhof. Sein Leiter, Herr Zerbe, informierte die Senioren über die moderne Wald- und Forstwirtschaft sowie die Struktur der Landesforst. Nach der Sommerpause trifft sich der Beirat wieder am 26. September, und zwar in der Synagoge.

*Jürgen Poleratzki  
Ehrenvorsitzender*

## Info-Nachmittag in der Reriker „Kösterschün“

In der Reriker „Kösterschün“ trafen sich 20 Senioren, um vom Seniorensicherheitsberater Jürgen Grewe zu erfahren, mit welchen Tricks Betrüger vorgehen, um besonders ältere Menschen in die Falle zu locken. Veranstaltet wurde der Info-Nachmittag vom Seniorenbeirat gemeinsam mit der Kurverwaltung des

Ostseebades und dem Landkreis. „Natürlich haben viele schon oft von solchen Betrugsmaschen gehört. Aber ich finde, es ist wichtig, die Menschen immer wieder zu sensibilisieren, damit sie vorsichtiger und misstrauischer werden“, sagte Ingrid Rambow, die Vorsitzende des Seniorenbeirats, der Ostsee-

Zeitung, Lokalteil Bad Doberan. Jürgen Grewe, ehemaliger Polizeibeamter, ergänzte: „Diebe und Betrüger wählen ganz gezielt Senioren als Opfer aus, weil diese meist sehr hilfsbereit und vertrauensselig sind und oft aus Schamgefühl keine Anzeige erstatten, wenn sie geschädigt wurden.“ ■

## Der Arm war 26 Meter lang!

*Zu Wort meldet sich wieder die rüstige Seniorin Edith Schröder aus Broderstorf im Landkreis Rostock. Diesmal schildert sie zwei lustige Begebenheiten aus ihrem Kindergarten:*

Im Kindergarten in Pastow befindet sich eine runde Aula. In ihr wird gebastelt, gegessen und geturnt. Von dort gehen auch die Gruppen-, Schlaf- und Waschräume ab. In Linstow wurde der Kindertag fröhlich mit dem Seniorenbeirat gefeiert. Vor einiger Zeit bastelte ich mit den „Großen“ Sonnenschutzschilder, die sie mit viel Liebe wieder verzierten. Die Knöpfe, die Pailletten und die Abziehbilder wurden reichlich verarbeitet. Plötzlich öffnete sich die Tür, und die „Kleinen“ kamen aus ihrem Schlaf-



zimmer. Jeweils zu dritt trugen sie mit ernster Miene einen Wäschekorb mit ihrer Bettwäsche in den Waschraum. Dort stopften sie die Wäsche gleich in die Waschmaschine, und genauso

ernst verschwanden sie wieder in ihrem Gruppenraum. Ich war sprachlos – zum Glück hatte ich meinen Fotoapparat dabei.

Im Kindergarten Broderstorf bastelten wir jetzt im Sommer draußen. Die kleine Clara war schnell fertig und wollte gern mit meinem Maßband spielen. Zuerst sollte ich ihren Arm abmessen. Gesagt getan. Genau 26 Zentimeter war ihr Ärmchen lang. Ein anderer Junge fand das auch spannend, und Clara erzählte ihm, dass ihr Arm 26 Meter lang wäre! Daraufhin vermaßen die beiden alle Tische, Bänke und Stühle, die draußen standen. Die Maße waren astronomisch, für Riesen geeignet! ■

## LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

### Erste Pflegekonferenz: Gemeinsam im Gespräch

Durch den demografischen Wandel nimmt die Zahl der älteren Menschen zu, gleichzeitig sinkt der Anteil der jüngeren Einwohner in der Bevölkerung. Nach § 5 Absatz 2 des Landespflegegesetzes haben in unserem Bundesland die Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgabe, alle fünf Jahre Planungen für die ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeeinrichtungen zu erstellen. Als Vorsitzende des Kreissenorenbeirats arbeite ich in der Arbeitsgruppe Pflegesozialplanung mit. Am 8. Juni wurde gemeinsam mit der Verwaltung ein Fachtag „Pflegekonferenz“

des Landkreises in der Malzfabrik Grevesmühlen durchgeführt.

Die Mitglieder des Kreissenorenbeirats boten der Behindertenbeauftragten des Landkreises Nordwestmecklenburg, Ilona Scheuffler, bei der Umsetzung der mobilen Seniorenberatung Unterstützung an. Für alle Teilnehmer war der Vortrag von Sabine Trilke aus der Hansestadt Lübeck, Fachbereich Wirtschaft und Soziales, Bereich Soziale Sicherung, Gesamtkonzept Leben und Wohnen im Alter, zum Thema „Aufbau einer Wohnberatung für ältere Menschen“ sehr aufschlussreich. Der Landkreis wird

so schnell wie möglich die Pflegestützpunkte mit einer Wohnberatung unterstützen. Wir Mitglieder des Kreissenorenbeirats zogen für uns den Schluss: Suchtkranke sind in der Statistik nicht vorhanden; wichtig ist aber, dass eine Pflegesozialplanung von ihrer Weiterführung lebt.

**Auf der Homepage des Landkreises konnte man lesen:** Der Landkreis Nordwestmecklenburg hatte 2014 das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH mit der Er-

Fortsetzung auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

stellung der Pflegesozialplanung beauftragt. Hintergrund des Auftrages ist der demografische Wandel. Mecklenburg-Vorpommern hat die stärkste demografisch bedingte Alterung und Schrumpfung der Gesamtbevölkerung in Deutschland zu verzeichnen. Die Inhalte der Pflegesozialplanung enthalten eine Bestandsaufnahme über die regionale Versorgungsstruktur und zeigen etwaige Defizite und

Möglichkeiten von bedarfsgerechter Entwicklung für den Landkreis Nordwestmecklenburg auf.

Im Rahmen der ersten Pflegekonferenz wollte man Vertretern der Gemeinden und Städte des Landkreises, Mitleistungserbringern, Verantwortlichen der Gesundheitskassen und Fachleuten aus der Medizin ins Gespräch kommen. Themen waren: Was sind die Kernaussagen der Pflegesozialplanung und wie sind diese in die Praxis umzusetzen? Wie und wo wol-

len die älteren Menschen im Landkreis leben? Welche ambulanten und teilstationären Angebote müssen entwickelt oder erweitert werden? Welche Ideen gilt es zu entwickeln, um in gering bevölkerten Regionen des Landkreises alle Betroffenen mit ihren Bedürfnissen zu erreichen? Wie können Leistungsträger und Leistungserbringer den aktuellen und zukünftigen Bedarfen älterer und pflegebedürftiger Menschen gerecht werden?

Karin Lechner

## Seniorenbeirat besuchte Sana Hanse-Klinikum

Die Tagesklinik für Geriatrie des Sana Hanse-Klinikums Wismar hatte zum Tag der offenen Tür geladen. Grund für den Wismarer Seniorenbeirat, sich über das Angebot dieser medizinischen Einrichtung für ältere Mitbürger zu informieren. Chefärztin Dr. med. Mirja Katrin Modreker und Oberarzt Dr. med. Aiden Healy machten die Seniorenvertreter zunächst mit der Einrichtung vertraut und führten sie durch die Räumlichkeiten. In sehr hellen Tönen gehalten, spricht die Klinik, die sich mehr wie eine Reha-Klinik präsentiert, die Besucher an. Sport- und Ergotherapie Räume werden komplettiert durch abwechslungsreiche Aufenthaltsräume, aber auch durch Zimmer zum Zurückziehen. Nutzer dieser Klinik, sind vor allen



Mitglieder des Seniorenbeirats Wismar informierten sich vor Ort.

Dingen Patienten aus dem Sana-Klinikum, die nach erfolgreicher Behandlung einer Nachsorge bedürfen und noch nicht „kurreif“ sind. Viele Fragen

konnten die Mediziner beantworten, und die Mitglieder des Wismarer Seniorenbeirates zeigten sich zufrieden.

Detlef Schmidt

## Vielfach die gleichen Wünsche und Ziele

Wir, die Senioren, müssen auf die Jugend zugehen – in vielen Dingen haben wir die gleichen Wünsche und Ziele. Senioren in MV, versucht, generationenübergreifend gemeinsame Projekte zu erarbeiten! Wir in Nordwestmecklenburg arbeiten seit Jahren mit dem Kreisjugendring zusammen. Kürzlich waren Mitglieder des Seniorenbeirats Wismar, Senioren und Jugendliche gemeinsam zu einem Segeltörn mit der „Qualle“ unterwegs. Die dabei geführte Diskussionsrunde gab eine Reihe von Vorschlägen für gemeinsame Projekte in der nächsten



Diskussionsrunde unter Deck

Zeit. Dazu gehören: Graffiti – Jung und Alt als Sprayer, Einführung in die Technik; alternativ dazu: Einführung in die Enkaustik. Weitere Vorschläge sind:

Anfertigung, Gestaltung und Bepflanzung von Blumenkästen und Hochbeeten für Seniorenheime, Unterstützung von Abschlussfeiern durch kulturelle Beiträge von Senioren, Fertigung von Bänken durch den Jugendclub Dargetzow,

In einem Jugendforum in Gadebusch werden alle regionalen Projekte von den Jugendlichen vorgestellt. Wir würden uns bei der Durchführung der Projekte eine rege Beteiligung der Jugendlichen aus ganz Nordwestmecklenburg wünschen.

Karin Lechner

## Ein Ort mit Gastfreundlichkeit und Geborgenheit

Es ist gut, dass auch in Nordwestmecklenburg für jeden die Möglichkeit besteht, seinen letzten Weg begleitend gehen zu können. Das Schloss in Bernstorf ist als Hospiz ein Ort, an dem man Pflege und medizinischer Versorgung findet. Dieses Haus strahlt eine große Gastfreundlichkeit und viel Geborgenheit aus. Es ist eine Anlaufstelle für alle Menschen, die an einer weit fortgeschrittenen, unheilbaren oder chronischen Erkrankung leiden. Der Kreissenorenbeirat besuchte kürzlich diese medizinische Einrichtung. Nicht nur das Essen steht hier im Vor-



dergrund, sondern auch eine würdevolle Begleitung im letzten Abschnitt des Lebens – die Freiheit, für sich noch alles tun zu können und sich ganz individuell Wünsche und Bedürfnisse zu

erfüllen. Genauso brauchen auch die Angehörigen einen Ort, an dem sie in dieser schwierigen Lebensphase aufgefangen und begleitet werden. Was mit dem Hospiz in Bernstorf geschaffen wurde, hat uns erstaunen lassen, aber auch mit großer Freude erfüllt. Unser Dank gilt dem gesamten Team sowie den vielen freiwilligen Helfern. Wünschen möchten wir, dass alle ihre geplanten Vorhaben erfolgreich und dank vieler Spenden, davon ist der Verein abhängig, verwirklicht werden können.

*Karin Lechner*

## Junge Flüchtlinge gestalten einen Kleingarten neu

Mit tatkräftiger Unterstützung von Karin Lechner, der Vorsitzenden des Kreissenorenbeirats Nordwestmecklenburg, und des Seniorenbeirats Wismar ist in der Hansestadt ein Projekt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge entstanden, das beispielgebende Wirkung entfalten könnte. Karin Lechner hatte die Idee, einen brach liegenden Garten in Ordnung zu bringen, und mit Marianne Kamps (67) eine engagierte ehrenamtliche ehemalige Erzieherin mit Lehrbefähigung gefunden, die das Projekt leiten kann. Wismar hat viele brach liegende Gärten, und hier setzt das Projekt ein.

„Die Jugendlichen sollen nicht nur rumsitzen; Gartenarbeit zum Beispiel ist eine sinnvolle Beschäftigung. Sie lernen kennen, was in Deutschland angebaut wird, und üben nebenher das Erlernen der deutschen Sprache“, so Marianne Kamps. Der ehemals verwilderte Garten ist kaum wiederzuerkennen und erfreut Gartenvorstand wie Gartennachbarn. Hilfe kam aber auch von der Hansestadt Wismar, die den notwendigen Abfallcontainer stellte. Das kleine Gartenhaus ist nun wieder begehbar, und auch eine neue Gartentür ist in Sicht. Kleine Beete

mit Gemüse sind schon angelegt und auch ein Feld mit Kartoffeln. Vieles kennen die zurzeit dort beschäftigten drei jungen Afghanen, die vom Kinder- und Jugendnotdienst felicitas gGmbH in Wismar betreut werden, nicht, doch Ziel und Zweck des Projekts ist auch, die Jugendlichen zu integrieren. Karin Lechner ist in ihrer rührigen, nahezu nie ermüdenden Art ständig unterwegs, neue finanzielle Mittel für das Projekt aufzutreiben, damit das kein „Strohfeuer“ ist, sondern auch Nachahmer findet.

*Detlef Schmidt*



*Keine Angst vor der Arbeit: Junge Flüchtlinge verwandeln eine verwilderte Fläche in einen kultivierten Kleingarten.*



*Eine Pause in geselliger Runde gehört zur ungewohnten Arbeit dazu.*

# LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

## HaffNet – einmalig in Deutschland

Den Begriff „HaffNet“ gibt es seit 2001, doch Vielen ist er nicht recht bekannt. So lud der Seniorenbeirat Ueckermünde zu einer Informationsveranstaltung ein. Der kaufmännische Geschäftsführer des Unternehmens, Horst-Erich Rapraeger, erläuterte dessen Bedeutung und Beitrag zur medizinischen Versorgung der älteren Generation im ländlichen Raum. Als freiwilliger Zusammenschluss von haus- und fachärztlichen Praxen in der Region Uecker-Randow vereinigt HaffNet 21 Arztpraxen und 20 Fachärzte. Die Gründung erfolgte im November 2001 in Heringsdorf. Zu DDR-Zeiten gab es „Schwester Agnes“, heute ist es VERAH Care. Im Umkreis von Ueckermünde gibt es in fünf Dörfern Multiple Häuser (Vogelsang, Altwarp, Ahlbeck, Hintersee und Rieth), die die Möglichkeit bieten, medizinisch versorgt zu werden. Pfleger sind das Bindeglied zwischen Patient und Hausarzt. Das ist eine Möglichkeit, vor Ort medizinisch versorgt zu werden und nicht erst den Hausarzt in der Stadt aufzusuchen.



*Horst-Erich Rapraeger informiert die interessierten Zuhörer.*

Das HaffNet ist einmalig in Deutschland und erfüllt zum Wohle der Patienten eine wichtige Aufgabe im medizinischen Bereich. Leider werden die Angebote noch nicht so genutzt, wie es wünschenswert wäre. Durch Vorträge und Publikationen ließe sich sicher noch manches erreichen. Zu den Aufgaben dieses Ärztenetzes zählt nach eigenen Angaben neben der fachübergreifenden ärztlichen Kooperation auch die „Verzahnung

des ambulanten und stationären Bereichs“.

Die Ausführungen des Haffnet-Geschäftsführers waren informativ und interessant, und die Senioren konnten vieles aus der Veranstaltung mitnehmen. Deshalb sagen sie Herrn Rapraeger und dem Pfleger Antony ein herzliches Danke.

*Barbara Mortensen  
und Ursula Wolfgramm*

*Seniorenbeirat Seebad Ueckermünde*

## Die Stolperfallen in Pasewalks Innenstadt

Dieter Manteufel wohnt im Cura-Seniorenheim in der Pasewalker Oststadt. Fast täglich ist er mit seinem Rollstuhl in der Stadt unterwegs und hält gern ein Schwätzchen. Seine Meinung ist immer gefragt, wenn der Senioren- und Behindertenbeirat auf Tour geht, um Schwachstellen aufzudecken – mit dem Ziel, Leuten mit Handicap das Leben zu erleichtern. Dieses Mal war die Pasewalker Innenstadt der ehrenamtlichen Beiratsmitglieder im Visier. Kleine Geschäfte laden zum Bummeln ein. Doch die meisten sind nur über zwei bis drei Treppenstufen erreichbar. Auch Dieter Manteufel kennt das Problem. „Die Händler in der Innenstadt sind sehr nett. Klopf



*Handläufe an den Eingängen zu Geschäften in der Pasewalker Innenstadt, die über ein paar Stufen zu erreichen sind, wären hilfreich – finden die Mitglieder des Pasewalker Behinderten- und Seniorenbeirats.*

*Foto: Rita Nitsch*

man an die Scheibe, kommt schon eine freundliche Verkäuferin oder ein Verkäufer heraus und fragt nach den Wünschen“, so seine Erfahrungen.

Doch auch Leute mit einer Gehbehinderung haben manchmal ihre liebe Not, diese Stufen zu meistern. „Kleine Handläufe, die die Ladenvermieter anbringen könnten, würden hier schon reichen“, macht Beiratsmitglied Karla Klug deutlich. Auch fehle es weiterhin an Bänken in der Innenstadt und der Oststadt. Da die Stadt dafür keine Gelder hat, bittet der Behinderten- und Seniorenbeirat um Sponsoring für fest verankerte Bänke. Diese könnten dann auch mit dem Namen des Spenders versehen werden, wie

es schon in anderen Städten üblich sei. „Wir wollen nicht nur meckern. In Pasewalk wurde in Sachen Seniorenfreundlichkeit schon eine Menge getan“, sagt Karla Klug. Und doch füllten sich auch bei diesem Rundgang zwei Seiten ihres Briefblocks. Darunter befand sich die Notiz, dass unbedingt noch der Bordstein in Höhe Mäc-Geiz, Richtung Marktplatz, abgesenkt werden sollte. Auch an junge Mütter wurde am Neuen Markt gedacht. Extra eine Schräge für Kinderwagen wurde in das Treppensystem des Gehwegs eingebaut. Allerdings: Diese Schräge fällt ziemlich steil aus, so dass die Ge-

fahr besteht, dass ein Baby aus einem Kinderwagen herausfällt. Dieter Manteufel ist nach wie vor gern bereit, mit dem Behindertenbeirat auf Tour zu gehen. Und ein gutes Buch aus der Buchhandlung hat er auch dieses Mal wieder von dem Ausflug mitgebracht. Doch wie er in das Cura-Senioren-Centrum zurückfährt, darüber muss er erst einmal nachdenken. Über den Gehweg in der Ahornstraße, der der kürzeste Weg wäre, ist das sehr gefährlich – wegen der vielen Löcher und Ritzen. Die Stadt weiß schon lange über das Hindernis Bescheid. Doch bisher fehlte ihr auch

hierfür das Geld. „Dann müsste der Weg aber wenigstens ausgebessert werden“, fordert Beiratsvorsitzende Karola Kapitzke. Denn die stark frequentierte Achse zwischen Innen- und Oststadt wird auch von Rollatorfahrern genutzt. Da sich zwischen den Gehwegplatten aus Zeiten der DDR breite Rinnen befinden, stürzte dort auch schon so mancher Radfahrer. So wählt Manteufel, der trotz seines Handicaps das Leben liebt, auch dieses Mal einen längeren Umweg für die Fahrt ins Heim.

Rita Nitsch, Nordkurier

## Telefonhäuschen wurde zur „Bücherzelle“

Im Gespräch war das Vorhaben schon lange – seit 2014. Nun wurde es Wirklichkeit: die Bücherzelle in Pasewalk. Karola Kapitzke und Renate Kroll vom Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt waren die Initiatorinnen. Die benachbarte Gemeinde Viereck hatte es ihnen vorgemacht und ein ausrangiertes Telefonhäuschen zu einem Bü-

cherschrank umgestaltet. In Pasewalk befindet sich die „Bücherzelle“ auf dem Neuen Markt am alten Landratsamt. Jeder, der sich zu Hause von entbehrlichen Büchern trennen möchte, kann sie in die Zelle legen oder andere für sich zum Lesen herausnehmen. Gesponsert wurde das Unternehmen von der Sparkassenstiftung Ue-

cker-Randow. „Es gibt Sachen, da hat man von Anfang an das Gefühl, dass sie toll sind“, kommentierte Susan Mirasch vom Vorstand der Sparkasse in einem Gespräch mit Angelika Stegemann von der *Pasewalker Zeitung/Nordkurier*. Sie und die stellvertretende Bürgermeisterin Gudrun Baganz legten die ersten Bücher hinein. ■

# HANSESTADT ROSTOCK

## Gemeinsam im „SeniorenNetzwerk Schmarl“

Zu Jahresbeginn 2015 wurden in Rostock die Ergebnisse der kommunalen Bürgerumfrage 2013 veröffentlicht. In der sehr breiten Frage-Palette ging es auch um die Zufriedenheit mit der Senioren-Betreuung in der Hansestadt. 59,6 Prozent der Antworten aus der Altersgruppe 65 bis 74 Jahre lauteten: „Kann ich nicht beurteilen“, in der Altersgruppe 75 bis 84 Jahre waren es 47,5 Prozent. Und bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Angebot an sozialen Beratungsmöglichkeiten waren es 58,1 bzw. 56,3 Prozent. Kurz zuvor hatte der Präsident des Bundesverbands der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff, beim „Tag des Ehrenamts“ darauf orientiert, vor Ort die Koope-

ration mit den anderen Akteuren im Wirken mit und für Senioren zu verstärken. Wie Recht er doch hatte! Nach Verständigung im kleinen Kreis nahm der Ortsbeirat des Stadtteils Schmarl im Rostocker Nordwesten im Februar 2015 das Thema „Senioren in Schmarl“ auf die Tagesordnung und unterstützte die Bildung eines „SeniorenNetzwerks Schmarl“, eines Arbeitskreises, in dem der Ortsbeirat, die Stadtteilmanagerin des Programms „Soziale Stadt“, das Stadtteil- und Begegnungszentrum, der Seniorentreff der AWO, die Ortsgruppe der Volkssolidarität, die Gruppe „Kulturbund im Haus 12“ und die Gruppe „Schmarler Treff“ koordinierend und organisierend zusammenwirken.

Schritt für Schritt kommen wir seither voran. Wir treffen uns einmal im Monat, tauschen uns zu unseren Arbeitserfahrungen und den Ergebnissen aus sowie zu den kommenden Anforderungen, und die werden größer. Die Einwohnerzahl unseres Stadtteils wird weiter wachsen bei gleichzeitiger Veränderung der Altersstruktur.

### Das ist die Prognose:

jeweils

am 31.12.	2015	2020	2025
Einwohner	8.850	9.500	10.000
darunter 65 bis 80 Jahre	1.552	1.702	1.675
80 Jahre und älter	279	477	566 (!)

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Unser erster gemeinsamer Arbeitsschritt war eine schriftliche Umfrage unter den Senioren im Stadtteil. Anfang November 2015 folgte im Zusammenwirken mit dem Gesundheitsamt der Hansestadt unser erster Seniorentag „Gemeinsam älter werden in Schmarl“ mit Informationsangeboten in einer breiten Palette – und mit einer erfreulich starken Resonanz.

Seit März dieses Jahres organisiert unser Netzwerk jeweils am ersten Dienstag im Monat im Stadtteil- und Begegnungszentrum (SBZ) „Haus 12“ die „Schmarler Café-Runde“ zum zwanglosen Austausch über Interessen, Probleme und Angebote, zur Information über Neues im Stadtteil, zur Verbesserung des Kontaktes unter den Mitbürgern, unabhängig von einer organisierten Mitgliedschaft.

Nach Verständigung im Netzwerk haben im Juni die Ortsgruppe der Volkssolidarität und das SBZ monatlich eine gemeinsame öffentliche Veranstaltungsreihe „WISSEN & KENNEN“ gestartet, um in Vorträgen, Interviews oder Gesprächsrunden Hilfe zur Selbsthilfe in Alltagsfragen zu geben, Hintergründe zum Verständnis unserer Zeit zu beleuchten und den kritisch konstruktiven Dialog mit den Akteuren des Gemeinwesens zu forcieren. Die ersten drei Veranstaltungen im Juni, Juli und August gaben den Landtags-Kandidaten des Wahlkreises Rostock I die Möglichkeit, sich und das Wahlprogramm ihrer jeweiligen Partei vorzustellen. Themen wie Renten-Besteuerung, Haus-Notruf, Zugang zu ambulanten oder stationären Pflegeleistungen oder zu niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlassungsangeboten werden folgen.



Die Zusammenkünfte des „SeniorenNetzwerks Schmarl“ mit seiner vielfältigen Thematik finden stets große Resonanz.

Zunächst führen wir als „SeniorenNetzwerk“ am 21. September unseren zweiten Seniorentag mit der Orientierung auf „Hilfen im Alltag“, also vor allem hauswirtschaftliche und ähnliche Dienstleistungen, durch. Im November wird sich der Ortsbeirat auf unseren Vorschlag hin erneut mit der Situation unter den Senioren im Stadtteil befassen. Ende Mai hatten wir eine Zusammenkunft mit der Vorsitzenden und weiteren Mitgliedern des Seniorenbeirats der Hansestadt, bei der wir eindringlich darum gebeten haben, für eine zügige Aktualisierung und Fortschreibung des kommunalen Programms „Älter werden in Rostock“ zu wirken und dabei zugleich eine Untersetzung auf die einzelnen Stadtteile zu erreichen. Ein globales Stadt-Programm ist für die Arbeit im Stadtteil zu anonym und damit für die Entwicklung eines breiten bürgerschaftlichen Engagements nicht effektiv genug. Wir sind uns auch mit dem Seniorenbeirat der Stadt darüber einig, dass es

im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung ist, wenn noch in diesem Jahr ein Erfahrungsaustausch der mittlerweile in fast allen Stadtteilen aktiv gewordenen, zum Teil aber doch recht unterschiedlich organisierten Seniorenvertretungen durchgeführt würde, um eine wirksamere Interessenvertretung für die gegenwärtigen und künftigen Senioren zu erreichen.

Für unser Netzwerk bieten sich längerfristig viele Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten, denn am 1. Mai 2017 werden wir den 40. Jahrestag der Übergabe der ersten Wohnungen unseres Neubau-Stadtteils an die Mieter begehen, und wir wollen an der Weiterentwicklung im Stadtteil zum Wohl aller Bürger mitwirken. 2018 steht dann im Zeichen der 800-Jahr-Feier unserer Hansestadt.

Wilhelm Meyer  
Sprecher des  
„SeniorenNetzwerks Schmarl“  
Vorsitzender der Ortsgruppe  
der Volkssolidarität

## Wortmeldung: Sieht die Zukunft alt aus?

Das ist keine gruselige Voraussage einer versierten Kirmeswahragerin, sondern eine realistische Einschätzung zukünftiger Lebenswirklichkeiten. Das Schlagwort Demografi-

scher Wandel ist in aller Munde. In den nächsten 35 Jahren wird der Anteil von über 60-Jährigen an der Weltbevölkerung bei mehr als 20 Prozent liegen. Diese Tatsache erfordert zwar ein poli-

tisches und gesellschaftliches Umdenken, kann aber auch eine Bereicherung für unser aller Leben sein. Um auf die Chancen und anstehenden Herausforderungen in Bezug auf die immer älter

werdende Gesellschaft aufmerksam zu machen und gleichzeitig die Diskriminierung älterer Menschen zu reduzieren, hat die UN-Generalversammlung den 1. Oktober im Jahr 1990 zum Welttag der älteren Menschen erklärt.

Worum geht es bei diesem Welttag?

Ältere Menschen sind heutzutage nicht mehr das, was sie noch vor 100 Jahren waren. Die medizinische Versorgung hat sich spürbar verbessert und Menschen über 70 sind gesünder und agiler als je zuvor. Sie bringen sich aktiv mit ihren Erfahrungen in ihrem Lebensumfeld ein und gestalten es generationsübergreifend mit. Jedenfalls gilt dies für einige Länder der Welt. Die Erfahrung und die Gelassenheit, welche die ältere Generation ins Wirtschafts-, Kultur- und Sozialleben mitbringt, kann ganz neue Impulse für unsere Zukunft liefern.

Doch es gibt natürlich auch eine bekannte Schattenseite des demografischen Wandels. Dadurch, dass in den

nächsten 35 Jahren der Anteil der Erwerbstätigen, die in Rente gehen, immer größer wird, droht Deutschland – aber auch anderen europäischen Staaten – ein drastischer Anstieg der Sozialausgaben. Dennoch sehen die Vereinten Nationen, ebenso wie viele andere Organisationen, positiv in die Zukunft und sind sich sicher, dass ältere Menschen eine Chance und keine Belastung für die Gesellschaft der Zukunft sein können; man muss nur gemeinsam Lösungen für das Problem der Rente und der medizinische Versorgung finden und den Wert der älteren Mitglieder einer Gesellschaft wieder mehr zu schätzen wissen. Nachzulesen auch im nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des Weltaltplanes:

„Gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufgaben können in Zukunft nur dann erfolgreich bewältigt werden, wenn ältere Menschen beteiligt sind und im stärkeren Maß auf ihre Erfahrungen

und Fähigkeiten zurückgegriffen wird.“ Wieso ist dieser Welttag so wichtig?

Die Art, wie wir mit den ältesten Mitgliedern unserer Gesellschaft umgehen, zeigt, wie demokratisch und sozial ein Staat wirklich ist. Doch natürlich muss das Problem der immer älter werdenden Gesellschaft ernsthaft diskutiert werden, um möglichen negativen Konsequenzen frühzeitig vorzubeugen.

Am 29. September 2016 begehen Rostocker Bürger diesen internationalen Welttag gemeinsam in der Aula der Volkshochschule Rostock mit weiteren Vertretern der Zivilgesellschaft. Der Sozialverband VdK Ortverband Rostock bereitet gemeinsam mit dem Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock diesen Tag zum wiederholten Male vor.

Ich ermutige Sie, diesen internationalen Tag auch in Ihrem Wirkungskreis zu einem besonderen Ereignis zu machen.

*Monika Schmidt*

*Mitglied des LSB-Vorstands*

## 5. Forum Gesundes Alter(n) auf der PflegeMesse

Der Gesundheitssektor und insbesondere der Pflegebereich zählt im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen zu den Nachzüglern, wenn es um die Implementierung neuer, digitaler und technischer Systeme geht. Dabei

ist hier, mit Blick auf die demografische und die Fachkräfteentwicklung, der Bedarf für arbeitsvereinfachende und prozesseffizientere Lösungen besonders groß. Auf dem 5. Forum Gesundes Alter(n), das am 13. September parallel zur Rostocker Pfl-

geMesse stattfindet, werden deshalb Entwickler und Anbieter ihre innovativen Lösungen für den Pflegesektor vorstellen und mit Experten aus der Branche diskutieren, wie sich die Potenziale solcher Techniken besser erschließen lassen. ■

## LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

### Kreissenorenbeiräte vereinbarten regelmäßige Treffen

Auf Initiative des Vorstandsvorsitzenden des Kreissenorenbeirats des Landkreises Rostock, Jürgen Lorenz, sowie auf Einladung der Vorsitzenden aus Ludwigslust-Parchim, Ilona Mundt-Schalk, setzten sich die Vorstandsmitglieder der Seniorenvertretungen in erwartungsvoller und aufgeschlossener Atmosphäre kürzlich in Parchim zur Beratung zusammen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurde jeweils ein kleiner übersichtlicher Abriss der bisherigen Arbeit vorgestellt. Besonde-

res Augenmerk lag auf Fragen wie:

- Welche Motivation haben die Mitglieder im Beirat für ein aktives und konstruktives Engagement?
- Wie organisiert und koordiniert man die Arbeit in den Arbeitsgruppen auf Kreisebene?
- Nach welchen Kriterien werden Themen und Aktionen / Initiativen vor Ort ausgewählt?
- Welche Formen der Öffentlichkeitsarbeit sind für Beirat und Senioren wertvoll?

- Welche Partner sind für die praxisnahe Arbeit wichtig und für die Beteiligten sinnvoll und gewinnbringend?

Es verging nur wenig Zeit, um festzustellen, dass es sowohl im Landkreis Rostock als auch in Ludwigslust-Parchim gleiche oder ähnliche Lösungsansätze bei durchaus bekannten Problemen gibt. Auch bestätigten sich die positiven Erfahrungen bei der Arbeit mit Partnern auf Kreis- und Kom-

*Fortsetzung auf Seite 36*

Fortsetzung von Seite 35

munalebene. Die größten Sorgen aber bereiten beiden Kreissenorenbeiräten das Durchschnittsalter der Mitglieder und die große Fläche der Landkreise. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gut organisierten und koordinierten Kommunikation zwischen den Beiratsmitgliedern sowohl im Kreis als auch in Städten und Gemeinden als Voraussetzung für eine realitätsnahe Wirksamkeit der Tätigkeit.

Unabdingbar ist der Rückhalt beim jeweiligen Landrat bzw. der Landrätin, was beide bestätigten. Besonders wertvoll ist ebenfalls die Unterstützung des „Büros für Chancengleichheit“ in beiden Kreisen. Sie geben den Vorständen und Mitgliederversammlungen Hinweise sowie Orientierungen für aktuelle Themen und Vorhaben im Kreis, stellen Kontakte her und engagieren sich mit eigenen Initiativen auch auf örtlicher Ebene.

Die Bereitschaft, sowohl von Bürgermeisterinnen / Bürgermeistern in Gemeinden / Städten als auch von Amtsleitern in Bereichen mit mehreren kleineren Dörfern zur Gründung eines kommunalen Seniorenbeirats und dem daraus resultierenden Nutzen für die eigene Arbeit vor Ort ist sehr differenziert und kann nicht erzwungen werden. Trotzdem werden beide Kreissenorenbeiräte angemessen und zielgerichtet weiter darauf hinwirken. Mehr und mehr gewinnt das Einbringen und die Nutzung vorhandener Netzwerke für die Umsetzung der eigenen Ziele im Sinne der Seniorinnen und Senioren im Landkreis an Bedeutung. Dies sind nur zwei von mehreren Erkenntnissen dieses Treffens. So wurde u. a. vereinbart, sich regelmäßig in dieser Form einmal im Jahr abwechselnd zu treffen, aber auch andere Formen des Erfahrungsaustausches, wie Regionalkonferenzen und Schulungen des Landesseniorenbeirats, zu nutzen. Fazit des knapp dreistündigen Austausches war, dass die Aufgaben und Probleme in beiden Landkreisen sehr ähn-



*Erwartungsvoll und aufgeschlossen gestaltete sich der Erfahrungsaustausch der Kreissenorenbeiräte in Parchim.*

Fotos: Sarina Rose-Hönemann



*Stadtführung mit Kompetenz in Parchim*

lich sind, aber der „Goldene Schlüssel“ zur Lösung wahrscheinlich nur in der Berücksichtigung der individuellen und lokalen Voraussetzungen zu finden sein wird.

Im Anschluss an die engagierte und emotionale Diskussion wurde ein gemeinsames Mittagessen im Landratsamt eingenommen. Und auch hier wurde noch der eine oder andere Gedanke ausgetauscht.

An der darauffolgenden Stadtführung durch die Altstadt von Parchim konnten leider nicht alle Vorstandsmitglieder teilnehmen. Die „Entdeckungstour auf dem Erbsen-Pfad“ wurde ebenso wie das Vormittagstreffen von der Koordinatorin des Kreissenorenbeirats Ludwiglust-Parchim, Anett Nuklies, organisiert. Unterstützung hatte sie an

diesem Tag durch die Praktikantin Sarina Rose-Hönemann. Vielen Dank sagen „Einheimische und Gäste“!

Bei nicht gerade „Stadtbummel-Wetter“ traf sich die kleinere Runde, um auf historischen Pfaden viel Interessantes über die Stadtgeschichte von Parchim zu erfahren. Lustig und nicht ganz ernst gemeint gab es viele Anekdoten zur Geschichte der Stadt und seiner längst vergangenen Zeit zu hören und zu bestaunen. Besonders beeindruckten das ehrwürdige Rathaus und die schön restaurierten Bürgerhäuser, auch mit ihrer eigenen Historie.

Die Stadt Parchim, so konnten wir resümieren, bietet Einheimischen und Gästen ein schönes Ambiente und lädt unbedingt zum Verweilen ein!

Bernd Thieke / Anett Nuklies

## Ausstellung ohne maritimes Flair nicht vorstellbar

Im April hatte der Vorstand des Kreis-seniorenbeirats gemeinsam mit dem Büro für Chancengleichheit des Landkreises Ludwigslust-Parchim alle Seniorinnen und Senioren aufgerufen, ihre Hobbys „preiszugeben“. Das Motto lautete: „Rentner haben niemals Zeit“. Und so scheint es auch in diesem Fall gewesen zu sein. Es hatte sich ein „Seebär“ gemeldet, der in seiner Freizeit schwimmfähige und nutzbare „Motiv-Boote“ in der Größe von Ruderbooten baut. Leider habe ich in diesem Fall keine Kontaktdaten notiert. So richten wir unsere dringende Bitte an den „unbekannten Seebären“ oder an alle, die ihn zu kennen glauben: Bitte melden Sie sich telefonisch unter: 03883- 66 31 29 oder per E-Mail: Bernd.thieke@web.de!



Foto: Hannelore Figura

An dieser Stelle möchten wir uns bei den zahlreichen Hobbyasten bedanken, die sich bereits gemeldet haben. Es sind viele außergewöhnliche und interessante Themen der Freizeitgestaltung zu Tage getreten, die natürlich neugierig machen. Sollten Sie

den Wunsch haben, Ihr Hobby auch anderen zu zeigen, so können Sie sich weiterhin gern melden.

*Bernd Thieke*  
Vorstandsmitglied im  
Kreissenorenbeirat

## LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

### „Machen Sie weiter so und stecken Andere an!“

Im Spätsommer soll im Sozialzentrum „Am Grünhofer Bogen“ im Stralsunder Stadtteil Knieper West eine Kurzzeitpflegeeinrichtung eröffnet werden – in Nachbarschaft einer neu erbauten Kindertagesstätte und eines Wäldchens sowie des Seniorenparks für Sport und Spiel. Einige der Zimmer können zum Appartement hergerichtet werden und ermöglichen eine persönliche Betreuung durch mitreisende Angehörige. Diese Information bietet der diesjährige Seniorenratgeber der Hansestadt

Stralsund, den der Seniorenbeirat vor kurzem herausgegeben hat. „Lebenserfahrung der Senioren ist unverzichtbar!“, betont Bürgermeister Dr.-Ing. Alexander Badrow in seinem Grußwort. „Ich fände es großartig, wenn Sie weiterhin am kulturellen, politischen und sportlichen Geschehen unserer Stadt teilhaben und sich möglicherweise ehrenamtlich einbringen.“ Und Peter Paul, Präsident der Hansestadt, fügt hinzu: „Machen Sie weiter so und stecken Andere mit Ihrem Eifer an!“ Auf zwei der 36 großformatigen Sei-

ten stellt sich in Wort und Bild der Seniorenenbeirat mit seinem Vorsitzenden Dr. Georg Weckbach und den sieben Vorstandsmitgliedern Hildegard Kope und Giesela Müller (Stellvertreterinnen), Jürgen Kaiser (Stellvertreter und Schatzmeister), Jutta Lüdecke, Eckehard Nitschke, Peter Mühle und Peter Sobottka (Beisitzer) vor. Es folgt eine Übersicht über Aktivitäten, Ämter und soziale Dienste sowie über Vereine und Verbände mit ihren Angeboten für ältere Einwohner.

*ric*

## Pflegestützpunkt in Prerow kaum bekannt

An der vom Seniorenbeirat und vom Sozialausschuss des Ostseebades Prerow zum Thema „Leben im Alter“ durchgeführten Umfrage haben sich fast 40 Prozent der angeschriebenen über 60-jährigen Prerowerinnen und Prerower beteiligt – ein Beweis, wie

wichtig dieses Thema ist. Die Antworten sind ausgewertet, die Ergebnisse dem Bürgermeister vorgestellt und mit dem Sozialausschuss erörtert worden. Besonders intensiv beschäftigt viele ältere Menschen die Frage des Wohnens im Alter. Natürlich möchten alle

so lange wie möglich in ihrem Zuhause wohnen bleiben. Doch was wird, wenn eines Tages die Hilfebedürftigkeit so groß wird, dass über Alternativen nachgedacht werden muss?

*Fortsetzung auf Seite 38*

Fortsetzung von Seite 37

Aber auch das Erhalten der Mobilität ist ein großes Thema. Dazu gehört die Möglichkeit, den Arzt im Nachbarort aufsuchen zu können, genauso wie gute Straßen und Gehwege, die von Menschen mit Gehhilfen, Rollatoren und in Rollstühlen ohne Einschränkungen benutzt werden können. Auch ausreichend Bänke im Ort sorgen für Mobilität, denn sie geben die Sicherheit, bei längeren Wegen zwischendurch Kraft schöpfen zu können. Erstaunlich war, dass nur



Antje Jucknischke und Renate Klar (r.) bei der Sichtung der Fragebögen

17 Prozent der Befragten den Pflegestützpunkt des Kreises kannten. Der Seniorenbeirat und Sozialaus-

schuss planen, die Ergebnisse Interessierten im Rahmen einer Einwohnerversammlung zu präsentieren. Der Seniorenbeirat wäre außerdem selbstverständlich bereit, diese Präsentation auch vor anderen interessierten Gruppen zu halten. Die Themen, die ältere Menschen in Prerow bewegen, über die sie sich zum Teil auch ärgern, sind durch die Befragung den Gemeindevertretern und dem Seniorenbeirat deutlich geworden und können als Arbeitsgrundlage dienen.

Michael Schmidt

## Tolle Abschlussnote krönt die Leistungen

Die Erleichterung steht Christina Geist ins Gesicht geschrieben. Endlich geschafft! Drei Jahre Ausbildung zur Pflegefachkraft liegen hinter ihr, und das Prüfungsergebnis kann sich blicken lassen. Mit der Note 1,4 begeisterte Christina Geist nicht nur ihre Familienangehörigen und Lehrer der beruflichen Schule Gesundheit und Pflege. Insbesondere Pflegedienstleiterin Martina Gebauer ist sehr stolz auf ihren Schützling: „Christina hat einen sehr guten Job in den letzten drei Jahren gemacht. Dass sie die Praxis beherrscht, hat sie bei uns im Arbeiter-Samariter-Bund in Stralsund täglich unter Beweis gestellt, und auch unsere Patienten wissen ihre Arbeit und



Pflegedienstleiterin Martina Gebauer (r.) und Qualitätsbeauftragte Anne Rähse (l.) gratulieren der neuen Kollegin Christina Geist (Mitte) zu ihrem hervorragenden Prüfungsergebnis. Foto: C. Fedor/ASB NO

ihre fröhliche Art sehr zu schätzen. Aber mit dieser tollen Abschlussnote krönt sie ihre Leistungen natürlich

noch einmal, und dazu gratulieren wir ihr ganz herzlich.“

Die 28-jährige Christina Geist ist einfach nur rundum glücklich, dass die anstrengende Prüfungsphase überstanden ist und sie sich nun auch wieder etwas intensiver um ihre Hobbys, wie etwa das Akkordeonspielen, kümmern kann. Und sie wird dem ASB auch in Zukunft erhalten bleiben – ihren Arbeitsvertrag hat sie bereits unterschrieben. Keine schwere Entscheidung, denn sie schätzt das Arbeitsklima und die Familienfreundlichkeit des Vereins sehr. Aber jetzt wird sie erst einmal einfach nur ihren Erfolg genießen.

ASB-Regionalverband NORD-OST e.V.

## 12. Fest der Generationen im Zoo

Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund und das Team des Zoos veranstalteten zum zwölften Mal ein Fest für die ganze Familie. Die Schirmherrschaft hatte die Bundestagsabgeordnete und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übernommen. Das Motto „Miteinander – Füreinander“ sollte alle Generationen ansprechen. Anliegen war es, durch Natur, Kunst, Kultur und Geselligkeit Jung und Alt zusammenzuführen und durch gemeinsame Erlebnisse das gegenseitige Verstehen zu vertiefen. Die Ein-



Die „Tanzlady“ hatten viel Freude bei ihrem Auftritt.

ladung „Auf in den Zoo“, bereits zum 47. Mal, nahmen über 1000 Besucher an. Oberbürgermeister Dr. Alexander Badrow eröffnete das Fest gemeinsam mit dem Direktor des Zoos, Dr. Christoph Langner, und dem Vorsitzenden des Seniorenbeirats, Dr. Georg Weckbach.

Seniorinnen und Senioren, Familien mit Kindern, Großeltern mit Enkeln waren erfreut über die vorbereiteten Angebote. Vereine, Verbände, Organisationen präsentierten sich. In einer großen Hobbyschau zeigten private Aussteller ihre sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Kinder erkundeten die neue Kletterlandschaft im Zoo, probierten sich an der Mal- und Bastelstraße und beim Drucken aus. Die große Tierschau war auch an diesem Tag eine Attraktion und begeisterte insbesondere die Kinder. Ein buntes Bühnenprogramm begann mit böhmischer Blasmusik, dargeboten von Musikern aus Tschechien. Moderator Dieter Debner führte durch das Programm mit dem Akkordeon-Or-



An den Ständen fand ein reger Informationsaustausch statt.

chester Fröhlich, der Tanzgruppe der Volkssolidarität, dem Zirkus „Ostseeolini“, der Breakdance-Gruppe Stralsund, dem Shanty-Chor „De Prohner Hafengäng“, der Tanzgruppe „Altberliner Tänze“ und der Kindertanzgruppe des SV Medizin Stralsund.

Ein Höhepunkt war ebenfalls die Fotoausstellung zum Thema „Auf den Spuren der Baumeister zur Schwedenzeit in Stralsund“ – ein Gemeinschaftsprojekt der Integrierten Gesamtschule Grünthal und des Seniorenbeirats. In der seit 16 Jahren bestehenden Zusammenarbeit ist

dies bereits die sechste Fotoausstellung. Die Akteure des seit 2011 bestehenden Projekts „Senioren ans Netz“ mit der Erweiterung „Ab an die Apps“ stellten sich den Fragen rund um das Smartphone. Viele Besucher nutzten den Tag für einen Rundgang im Zoo, der immer Interessantes und Sehenswertes zu bieten hat. Für die kulinarische Versorgung stand das Team der Gaststätte „Delikater“ bereit und bewirtete die Gäste hervorragend.

Die positive Resonanz der Besucher erfreute die Organisatoren. Der Seniorenbeirat und das Team des Zoos bedanken sich bei allen, die am Gelingen dieses Festes mitwirkten. Nur durch das Engagement der Vereine, Verbände, Organisationen, der örtlichen Presse, vieler Stralsunder und durch die Unterstützung der Stadtverwaltung, der Bürgerschaft konnte dieses zweijährlich stattfindende „Fest der Generationen“ zu einem gesellschaftlichen Höhepunkt in Stralsund werden.

Giesela Müller

## Wohnen im Alter – parteiübergreifender Konsens ist notwendig

Aus den statistischen Untersuchungen der letzten Jahre durch die Enquete-Kommission auf Landesebene und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Hansestadt Stralsund auf regionaler Ebene ist ersichtlich, dass in den nächsten Jahren eine große Anzahl von barrierefreien Wohnungen auch für Senioren fehlen wird. Die Anzahl der zu pflegenden Senioren steigt stetig an.

Um den Grundsatz „Ambulant vor stationär“ realisieren zu können, ist ein Programm für diesen Wohnungsbau notwendig. Da die Bundesregierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den nächsten Jahren erheblich anheben will, sollte die Landesregierung ein diesbezügliches Programm darauf ausrichten und auf Landesebene umsetzen. Wenn möglich, sollte zunächst Umbau, dann Neubau gefördert werden. Die Haus-

halte des Landes und der Kommunen würden dadurch im sozialen Sektor entlastet werden, da ambulante Pflege kostengünstiger und durch die Pflegestufen weitestgehend abgedeckt ist.

Die Anträge des Altenparlaments und die Berichte der Enquete-Kommission werden als Empfehlungen an den Landtag weitergeleitet, doch durch das Seniorenmitwirkungsgesetz besteht die Möglichkeit, diese als Gesetzesvorlagen einzubringen. Die Ergebnisse decken sich auch mit denen der Kommission „Älter werden in MV“. Der Rückstau bei der Anzahl bereits jetzt fehlender barrierefreier und –armer Wohnräume muss aufgeholt werden, damit in den nächsten fünf Jahren ein konkreter Plan entsteht, um die erforderliche Anzahl von Wohnungen erreichen zu können. Die Umsetzung der Beschlüsse des Altenparlamentes

ist unaufschiebbar, um den bereits jetzt entstandenen Stau an fehlendem Wohnraum aufzuheben. Es darf nicht eine Legislaturperiode weit gedacht werden, sondern übergreifend für die nächsten 20 Jahre, da das Umsetzen von Wohnungsbau- und -umbauprojekten durch Förderung des Landes kaum kurzfristig möglich ist. Da Fördermittel aus verschiedenen Ressourcen geschöpft werden müssen, ist die Arbeit der Enquete-Kommission und des Altenparlamentes als überblickende Organe notwendig. In Stralsund liegen durch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Zahlen für die nächsten Jahre vor. Der Anteil der älteren Menschen über 60 Jahre beträgt 32,3 Prozent und steigt stetig an. In zunehmendem Maße und mit steigendem Alter wird

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

auch die Anzahl der zu Pflegenden wachsen. Pflege kann ambulant und stationär erfolgen, aber viele ältere Bürger wollen so lange wie möglich im gewohnten Wohnumfeld leben. Bei Pflegebedürftigkeit wäre die Versorgung im eigenen Wohnumfeld sowohl für die Stadt als auch für den zu Pflegenden ökonomisch sinnvoller als die stationäre Pflege.

Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich bis 2020/2021 um 74 Prozent erhöhen und damit die Pflegehäufigkeit dramatisch steigen. Es müssen bis 2020/2021 mehr als 600 barrierefreie Wohnungen geschaffen werden, damit es nicht zu einem plötzlichen Pflegenotstand kommt. In letzter Zeit haben die Wohnungsbaugesellschaften eine größere Anzahl barrierefreien Wohnraum geschaffen, aber fast ausschließlich im oberen Preisniveau. Hierbei ist es wichtig, auch bezahlbaren barrierefreien Wohnraum für Stralsunder Bürger zu schaffen.

In besonderem Maße ist die Wohnsituation in Stralsund in den Stadttei-

len Knieper West I und II und Knieper Nord zu betrachten. In einheitlichem Baustil sind hier 5-geschossige Wohnhäuser aus den 60er Jahren vorhanden, die alle im selben Baustil errichtet wurden. Der Anteil der über 80-jährigen Einwohner nimmt hier zu. Gerade in Knieper West I haben viele Seniorinnen und Senioren ihr gewohntes Umfeld, das sie nicht verlassen wollen. Die Wohnungen sind bezahlbar und Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten gegeben. Momentan gibt es keinerlei Bestrebungen, die Wohnblöcke mit Aufzügen auszurüsten, da nur halbtägiger Zugang möglich wäre. Allerdings gibt es neue Entwicklungen in diesem Bereich, die Zugang auf jeder Etage und bis in den Keller ermöglichen und damit zur Erhöhung der Mobilität bis ins hohe Alter beitragen. Der Bau bzw. Anbau von Aufzügen an bestehende Wohnhäuser kann als erster Schritt zur Schaffung altersgerechten Wohnraums angesehen werden und führt sofort dazu, die Mobilität und die Teilhabe älterer Menschen zu erhöhen. Der Anbau von Aufzügen und weiter-

führend in ein zumindest barrierearmes Wohnumfeld darf natürlich nicht auf die Mieten umgeschlagen werden, da sonst der finanzielle Kreislauf von sozial verträglichen Mieten und Altersarmut erneut greift.

Mit den Wohnungsbaugenossenschaften und dem Bürgermeister sowie mit Ministerpräsident Erwin Sellering wurden zu diesem Thema Gespräche geführt, um die Möglichkeiten einer Förderung in diesen Wohngebieten zu realisieren. Ein Anfang ist durch die neueste Erhöhung der Fördergelder getan. Ein Konsens hierzu bedarf aber einer Zusammenarbeit von Stadt, Land und Bund. In den nächsten Jahren ist es wichtig, das Thema „Wohnen im Alter“ parteiübergreifend und über Legislaturperioden hinweg an einer Konsenslösung zu arbeiten.

Aufgabe der Seniorenbeiräte vor Ort muss es sein, Land, Kommune und Stadt zu unterstützen, aber auch darauf zu achten, eine für Senioren angemessene Wohnsituation zu schaffen.

*Peter Sobottka*

*Seniorenbeirat Hansestadt Stralsund*

## LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

### Wohnraumberatung gehört dazu

Unter großer Teilnahme der Mitglieder fand die achte öffentliche Sitzung des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt Schwerin statt. Gäste und Vertreter aus der Verwaltung wurden vom Vorsitzenden Siegfried Schwinn begrüßt. Zu Beginn der Sitzung wurde des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden und Ehrenmitglieds Harald Burmeister gedacht. In einem Kurzreferat stellte die Sozialberaterin Karola Reinsch den Pflegestützpunkt vor, der regelmäßig im Stadthaus Sprechstunden abhält. Aufgaben und Bedeutung des Pflegestützpunkts wurden erläutert. Eine Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat wird angestrebt.

Anschließend erläuterte Kerstin Feh-

landt die Vorteile der Wohnraumberatung in dieser Einrichtung. Hier werden Kunden von der Anfrage bis zur Fertigstellung einer Umbaumaßnahme einer Wohnung betreut. Da die Nachfrage nach Informationen und Unterstützung sehr groß ist, empfiehlt sich eine rechtzeitige Terminabstimmung.

Der Dezernent für Finanzen, Jugend und Soziales, Andreas Ruhl, äußerte sich zu den Problemen der Senioren in Schwerin. Erfreut konnte er feststellen, dass mit der Caritas ein weiterer Träger für ein neues Mehrgenerationenhaus gefunden wurde. Eine Förderung dieses Projekts ist für vier Jahre gesichert, wobei eine Verlängerung zu erwarten ist. Für die Umsetzung der UN-Behinder-

tenrechtskonvention hat sich die Stadtvertretung ausgesprochen. Dies ist rechtlich nicht zwingend erforderlich, aber für Menschen mit Behinderung und den Senioren und Seniorinnen unserer Stadt von großer Bedeutung.

Auf Einladung der Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend wird der Seniorenbeirat im September nach Berlin fahren. Hier sollen Forderungen des Seniorenbeirats z. B. nach barrierefreiem Wohnen vorgebracht werden.

Abschließend wurde festgelegt, dass zukünftig an einer intensiveren Zusammenarbeit mit Senioreneinrichtungen gearbeitet werden soll.

*Walter Heinrich*

# Aktiv, zufrieden und zuversichtlicher

## Der Deutsche Alterssurvey zeichnet ein positives Bild vom Älterwerden

Die Menschen zwischen 40 und 85 Jahren in Deutschland sind aktiver und sehen zuversichtlicher auf das eigene Älterwerden als die gleiche Altersgruppe noch vor 20 Jahren – das ist eines der zentralen Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys 2014, den Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer, in Berlin vorstellten. Der Deutsche Alterssurvey ist die wichtigste Langzeitstudie zum Älterwerden in Deutschland. „Die zweite Lebenshälfte ist vielfältig und das Bild vom Alter wandelt sich zum Positiven!“, betonte Manuela Schwesig. „Ich freue mich, dass es vielen Menschen in dieser Lebensphase gut geht. Die Mehrheit äußert sich zufrieden, ist bei guter Gesundheit und kann sich auf die Familie als wichtige Stütze verlassen. Es gibt aber auch erhebliche Ungleichheiten, die wir beseitigen müssen, zum Beispiel bei den Einkommen in Ost und West sowie zwischen Männern und Frauen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen faire Chancen für ein gutes und aktives Leben im Alter bekommen“, so die Bundesfamilienministerin.

Prof. Dr. Tesch-Römer unterstrich: „In den letzten 20 Jahren hat sich in der zweiten Lebenshälfte vieles zum Besseren gewandelt. Ältere Menschen sind heute aktiver als damals: Sie enga-

gieren sich häufiger ehrenamtlich, sie treiben mehr Sport und sie sind länger erwerbstätig. Leider haben aber nicht alle Menschen teil an diesem positiven Wandel. Nach wie vor gibt es in den Lebenssituationen von Frauen und Männern deutliche Unterschiede. Auch die Bildungsungleichheit zieht sich bis ins hohe Alter.“

Hier die wichtigsten Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys 2014:

### **Erwerbstätigkeit und Rentenübergang:**

- Der Anteil der Erwerbstätigen zwischen 54 und 65 Jahren hat seit 1996 deutlich zugenommen. Und auch im Ruhestand gehen immer mehr Menschen einer Erwerbstätigkeit nach. Dabei fühlen sich über 80 Prozent der älteren Erwerbstätigen weder über- noch unterfordert.
- Immer weniger älteren Erwerbstätigen gelingt allerdings ein nahtloser Übergang in die Altersrente.

### **Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf:**

- Trotz steigender Erwerbsbeteiligung tragen Frauen weiterhin die Hauptlast bei der Hausarbeit.
- Erwerbsarbeit und die Pflege von Angehörigen werden häufiger kombiniert, besonders gilt das für Frauen.
- Großeltern betreuen wieder zu einem größeren Anteil ihre Enkelkinder, häufiger sind auch sie gleichzeitig erwerbstätig.

### **Familienbeziehungen und soziale Kontakte:**

- Waren 1996 noch 74 Prozent der 40- bis 85-Jährigen verheiratet, sind es 2014 nur noch knapp 68 Prozent; andere Lebensformen nehmen zu.
- Die Wohnentfernung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern wächst stetig, die Beziehungen bleiben jedoch sehr stabil.
- Dennoch gewinnen außerfamiliäre Kontakte an Bedeutung.

### **Einkommen und materielle Lage:**

- Einkommensunterschiede existieren nach wie vor zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland.
- Ältere sind nicht häufiger von Armut betroffen als Menschen mittleren Alters.

### **Gesundheit und Freizeitverhalten:**

- Gut zwei Drittel der Menschen in der zweiten Lebenshälfte sind körperlich kaum eingeschränkt. Knapp 40 Prozent berichten über keine oder nur eine Erkrankung.
- Die 40- bis 85-Jährigen treiben häufiger Sport als noch 1996 – besonders deutlich zeigt sich dieser Trend bei den über 60-Jährigen.

Der gesamte Bericht zum Deutschen Alterssurvey 2014 sowie eine Broschüre mit den zentralen Befunden ist abrufbar unter: <https://www.dza.de/forschung/deas.html> ■

# Ältere Arbeitslose brauchen eine Chance

## Volkssolidarität: Zwangsverrentung nicht verschlimmbessern, sondern abschaffen

Es sei zu begrüßen, wenn die Regierungskoalition laut Medienberichten nicht die ursprünglich geplante verschärfte Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen umsetzen will. Das erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff. Er bezeichnete den Schritt als Zeichen der

politischen und sozialen Vernunft. „Noch sozialer und vernünftiger wäre es aber, die Zwangsverrentung von Langzeitarbeitslosen ersatzlos abzuschaffen. Das fordert die Volkssolidarität seit langem.“

Der Verband bleibe bei seiner Kritik an der entsprechenden Rechtslage, auf

deren Grundlage Ältere zwangsverrentet werden, die unverschuldet arbeitslos geworden sind und seit Jahren keine existenzsichernde Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt finden. Friedersdorff erinnerte daran, dass in Ost-

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

deutschland jeder dritte Bezieher von „Hartz IV“-Leistungen älter als 50 Jahre ist. „Es ist gut, wenn bessere Möglichkeiten für Langzeitarbeitslose geschaffen werden sollen, über öffentlich geförderte Beschäftigung in die reguläre Rente zu gehen. Die Politik darf sich

nicht damit zufrieden geben, dass ältere Langzeitarbeitslose in Altersarmut landen. Es ist ein Hohn, wenn sie durch Abschläge auf eine Mini-Rente herabgestuft werden.“

Der Präsident der Volkssolidarität bezeichnete es als unaufrichtig von der herrschenden Politik, die Zwangsverrentung trotz der Kritik von Sozialver-

bänden, Gewerkschaften und Erwerbslosengruppen fortzusetzen. „Das passt einfach nicht zusammen mit den Debatten um die Rente mit 63. Wenn tatsächlich händeringend Arbeitskräfte gesucht werden, muss man auch bereit sein, älteren Arbeitslosen eine Chance zu geben statt sie in Zwangsrente zu schicken.“ ■

## Ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie

Immer mehr Menschen engagieren sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit

31 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich in ihrer Freizeit: in der Freiwilligen Feuerwehr, als Fußballtrainer, in der Lernnachhilfe oder bei Gesprächen mit Seniorinnen und Senioren. „Es sind über 40 Prozent der Menschen ab 14 Jahren – zehn Prozent mehr als noch vor 15 Jahren“, sagte Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Diese Bereitschaft zu helfen, miteinander zu sprechen, sich zu informieren oder Initiativen ins Leben zu rufen, ist großartig. Dieses Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen und ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie. Es ist auch ein Zeichen für Integration in und Teilhabe an unserer Gesellschaft.“

**Zentrale Ergebnisse der Untersuchung (Freiwilligensurvey) für 2014 sind:**

- Etwa ein Drittel aller Engagierten übt die freiwillige Tätigkeit seit mehr als zehn Jahren aus.
- Die meisten Menschen engagieren sich im Bereich Sport und Bewegung (16,3 Prozent), es folgen die Bereiche Schule und Kindergarten (9,1) sowie Kultur und Musik (9).

**Die Beteiligung unterscheidet sich in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen:**

- Frauen engagieren sich mit 41,5 Prozent etwas seltener als Männer mit 45,7.

- In den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen (46,9 Prozent) und der 30- bis 49-Jährigen (47) liegen die Anteile am höchsten.
- Personen mit hoher schulischer bzw. beruflicher Ausbildung engagieren sich zu deutlich größeren Anteilen (52,3 Prozent) als Personen mit niedrigem Bildungsniveau (28,3).

**Informelle Unterstützung im sozialen Nahraum ist eine weitere Form zivilgesellschaftlichen Handelns von hoher Bedeutung, die das freiwillige Engagement ergänzt:**

- Zwei Fünftel der Wohnbevölkerung im Alter von mindestens 14 Jahren leisten informelle Unterstützung für Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde etc. Dazu gehören Hilfeleistungen, Betreuung und Pflege nicht verwandter Personen außerhalb des eigenen Haushalts.

**Engagierte verwenden heute weniger Zeit auf ihr Engagement als vor fünfzehn Jahren:**

Die Anteile Engagierter unterscheiden sich zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, aber auch bei den Menschen mit Migrationshintergrund:

- Unter Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist der Anteil der Engagierten mit 43,2 Prozent ähnlich hoch wie bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (46,8).

- Der Anteil der Engagierten unter Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar in Deutschland geboren sind, aber keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, ist mit 31,1 Prozent geringer.

Engagement findet nach wie vor am häufigsten in Vereinen und Verbänden statt, es ist in Deutschland aber regional ungleich verteilt: In städtischen Regionen liegt der Anteil der freiwillig Engagierten mit 42,7 Prozent deutlich unter dem Anteil in ländlichen Kreisen (45,5). In Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit ist der Anteil freiwillig Engagierter höher als in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. In Westdeutschland betrug die Engagementquote 2014 insgesamt 44,8 und in Ostdeutschland 38,5 Prozent. Seit 1999 ist das Engagement in den neuen Ländern (inklusive Berlin) um insgesamt 10,6 Prozent gestiegen, in den alten Ländern um 9,1. Die Bereitschaft, sich künftig zu engagieren, ist groß. Heute ist mehr als jede zweite nicht engagierte Person bereit, sich zukünftig zu engagieren.

Der Freiwilligensurvey ist die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Er wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben und seit 1999 alle fünf Jahre zur Verfügung gestellt. ■

## Hilfe bei der Selbsthilfe

Ein Trainingsprogramm für mehr Lebensfreude im Alter und gegen depressive Verstimmung hat die Psychotherapeutikerin Christine Lechner im Auftrag der Caritas München aufgestellt. Darin bietet sie Hilfe bei der Selbsthilfe an und zeigt Wege auf, wie sich Spiritualität und psychische Gesundheit als zusammengehörig betrachten lassen. Die Publikation „Balance – für mehr Lebensfreude im Alter“ umfasst 96 Seiten und kostet im Buchhandel 15,50 Euro. Beigelegt ist eine Audio-CD mit Liedern und Entspannungsübungen. (ISBN 978-3-7841-1916-8.) ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,  
Gleichstellung und Soziales Mecklen-  
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. August 2016; Redaktionsschluss für  
Nr. 4/2016: 7. November 2016

# Der alte Brunnen

Lösch aus dein Licht und schlaf! Das immer wache

Geplätscher nur vom alten Brunnen tönt.

Wer aber Gast war unter meinem Dache,

hat sich stets bald an diesen Ton gewöhnt.

Zwar kann es einmal sein, wenn du schon mitten

im Traume bist, dass Unruh geht ums Haus,

der Kies beim Brunnen knirscht von harten Tritten,

das helle Plätschern geht auf einmal aus,

und du erwachst, dann musst du nicht erschrecken!

Die Sterne stehn vollzählig überm Land,

und nur ein Wandrer trat ans Marmorbecken,

der schöpft vom Brunnen mit der hohlen Hand.

Er geht gleich weiter, und es rauscht wie immer.

o freue dich, du bleibst nicht einsam hier.

Viel Wandrer gehen fern im Sternenschimmer,

und mancher noch ist auf dem Weg zu dir.

Hans Carossa (1878-1956)



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine  
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre  
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei  
einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Ver-  
weilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet  
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens  
begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11

Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)